

Frühjahr 2026

# SPERRE

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!



## Jahre SPERRE

**Münsterpass**

Auch der vorläufige  
Münsterpass wird 40!

**Minijobs**

volle Arbeitnehmerrechte  
auch im Minijob

**Sozialleistungen**

viel mehr Menschen  
hätten Anspruch

# Häuser denen, die drin wohnen?!

**»Kritik an Wohnungskonzern LEG – Familie lebt  
in Wohnung voller Schimmel«**

WN am 12.01.2024

**»LEG quetscht Mieter\*innen in Münster  
zusätzlich aus«**

Sperre am 09.01.2024

**»Umstrittener Immobilienkonzern LEG macht  
Ärger: Ehepaar wehrt sich gegen fragwürdige  
Mieterhöhung«**

WN am 04.02.2026

**»LEG-Haus: Wasserschaden seit 5 Monaten und  
nichts passiert«**

WDR, Lokalzeit Münsterland am 09.10.2025

**»Nach Wasserrohrbruch –  
„Schlag in den Magen“: Seniorin verzweifelt  
wegen Schimmel in LEG-Wohnung.«**

WN am 12.11.2025

**»Mietvertrag gekündigt –  
LEG will Stadtteilinitiative vor die Tür setzen«**

WN am 02.12.2025

## Genug ist genug. LEG enteignen.

**Die Linke**

Ratsfraktion  
Münster



## Wohin die Reise geht

**D**ies ist die Jubiläumsausgabe zum 40-jährigen Bestehen der Arbeitslosenzeitung Sperre. Eine tatsächlich lange Zeit. Im Februar 1986 ging die Zeitung erstmalig in Druck. Ein Jahr später (1987) gründete sich der Träger AbM e. V. und fortan war er Herausgeber der Sperre. Dass es nach 40 Jahren die Zeitung und den Verein noch immer geben würde, das hätte selbst die kühnsten Fantasien der GründerInnen überstiegen. Und auch, dass das Thema Arbeitslosigkeit selbst in 40 Jahren keine vernünftige Lösung erfahren wird.

1986 im Gründungsjahr der Sperre fabulierte die Regierung fabulierte ganz ungeniert vom „Freizeitpark Deutschland“, wenn es um das Thema Arbeitslosigkeit ging. Frei nach dem Motto: unsere Politik ist ja super, wenn da nur nicht diese faulen Arbeitslosen wären.

Diesem Spiel wollten die GründerInnen der Sperre nicht tatenlos zusehen. Es musste eine Zeitung her, die hier eine Gegenöffentlichkeit vertritt. Eben von Arbeitslosen für Arbeitslose. Natürlich war den damaligen AkteurInnen der Sperre klar, dass der Beitrag zur Kurskorrektur nur als sehr bescheiden betrachtet werden konnte. Aber dieser Betrag musste geleistet werden. Hier war nun mal der Weg das Ziel.

1994 führte die Sperre ein Interview mit dem Weihbischof Ostermann, in welchem dieser bereits eindringlich vor den damals aufkommendem Neoliberalismus warnte. Allein der Siegeszug der Marktradikalen war nicht mehr zu stoppen. Nahezu alle Parteien rannten den Heilsversprechungen der neuen Märkte hinterher. Privatisierungswahn machte sich breit. Gemeinnützige Wohnungsbau-

gesellschaften wurden den Konzernen zugeschustert. Hier in Münster verscherbelte die damalige Landesregierung die WGM an die LEG. Mit negativen Folgen bis heute. Aus dem Arbeitsamt wurde die neue hippe Arbeitsagentur. Die „Ich-AG“ wurde erfunden (600,- DM Zuschuss für die Existenzgründung). Erst kamen die Ein-Euro-Shops und dann die dazu passenden Ein-Euro-Jobs. Deutschland wurde zum Vorzeigeland der Billiglöhne in Europa.

Natürlich hatte dies Folgen. Die Armut in der Bevölkerung wuchs stetig. Die Tafeln erlebten einen regelrechten Boom in diesem Land. Mittlerweile hat die Angst vor dem Absturz in die Armut weite Teile der Bevölkerung erfasst. Leider zu recht. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Das obere eine Prozent der Bevölkerung hat soviel Vermögen wie Zwei Drittel der gesamten Gesellschaft. Wahnsinn. Eine Vermögenssteuer müsste her, um wenigstens die größten Ungerechtigkeiten auszubessern. Aber da sperrt sich der ehemalige Vorsitzende der Finanzkrake Black Rock. Friedrich Merz will von einer Vermögenssteuer nichts wissen (seine Vorgänge\*innen im Amt haben sich da aber auch nicht mit Ruhm bekleckert). Dann doch lieber weiter die Last auf den Schultern der ArbeitnehmerInnen und den Finanzschwachen abladen und den letzten Cent bei den „faulen“ Arbeitslosen rauspressen. Reichtum muss sich eben wieder lohnen.

Wir von der Sperre machen dieses Spiel nicht mit, auch nach 40 Jahren nicht. Wir werden uns weiterhin für eine solidarische, lebenswerte, multikulturelle Gesellschaft einsetzen. Versprochen! Und wir werden unseren Blick auch auf die vielen kleinen und guten Gegenentwürfe in unserer Gesellschaft lenken. Denn die gibt es ja auch, und sie werden immer mehr. In dieser Ausgabe sind nicht nur die 40 Jahre ein Thema, sondern wie immer gibt es aktuelle Urteile und Hinweise sowie Hintergrundberichte für ein soziales Miteinander bis hin zu einem Beitrag vom Weltmusikfestival in Rudolstadt und vieles mehr.

**Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.**

**Norbert Attermeyer**

# In guten, wie in schlechten Zeiten...

Mit unserem Spendenwerk unterstützen wir die Vereine und Organisationen in unserer Region. Machen Sie mit.

## So funktioniert's:

- ✓ Projekt einstellen.
- ✓ Spenden sammeln.
- ✓ Idee verwirklichen.



Alle Infos & Anmeldung:  
[www.spendenwerk-ms.de](http://www.spendenwerk-ms.de)



STADT MÜNSTER

**awm**

*alle wirken mit!*

Wohin mit dem Föhn,  
wenn ihm die Puste ausgeht?

# NICHT IN DIE ABFALLTONNEN!

Bringen Sie defekte Haartrockner, Wasserkocher, Handmixer & Co. zum **Recyclinghof** oder zurück in den **Handel**. So werden wertvolle Rohstoffe zurückgewonnen und Schadstoffe fachgerecht entsorgt.



Weitere Infos zur Entsorgung von Elektrokleingeräten:  
[awm.muenster.de/elektrogeraete](http://awm.muenster.de/elektrogeraete)





6

## 40 Jahre „Sperre“

Zwischen Hoffnung, Härte und Solidarität. Ein Rückblick auf vier Jahrzehnte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Deutschland (1986–2026). Seit 1986 erscheint in Münster die Vierteljahrszeitschrift die „Sperre“.



14

## Der Sozialstaat muss funktionieren

Rente, Grundsicherung, Gesundheitswesen: Kaum ein Bereich des deutschen Sozialstaats kommt noch ohne Reformdebatte aus. Gleichzeitig gilt: Wo viel Geld verteilt wird, ist politischer Streit programmiert. Doch das Zögern wird immer teurer. Wo die größten Bruchstellen liegen.



22

## Das Rudolstadt-Festival bleibt sich treu und strahlt auch im 33. Jahr

Wer an einem Samstagmorgen Anfang Juli über die Saale-Brücke zum Heine Park schlendert, kann einen ganz besonderen Klang wahrnehmen: Eine dezente Mischung aus Flöte, Geige, Akkordeon, Trompete, Trommeln, Gesang, Gitarren und vielem mehr.

### INTRO

- 3 Editorial

### TITEL

- 6 Das Jubiläum  
Die Sperre wird 40
- 9 Sperre Errungenschaft  
Der Münster Pass

### ARBEIT & SOZIALES

- 10 Gastbeitrag  
DGB zu den Sozialreform Vorschlägen
- 13 Information  
Über Minijobs
- 14 Sozialstaat 2.0  
Reform sollte Verbesserung heißen
- 18 Sozialhilfe  
Viel mehr Anspruchsberechtigte

### 20 Bürgergeld

Anspruch auf Vorschuss - Fristen

### KOMMENTAR

- 21 Vorschläge sind auch Schläge  
Jede neue Sau durchs Dorf treiben

### KULTUR

- 22 Musikfestival Rudolstadt  
Das Highlight zu jedem Sommer

### MÜNSTER

- 25 Mobil & Digital  
Der Digitalbus kommt

### NICHT SPERRIG

- 28 KURZNACHRICHTEN & URTEILE
- 34 IMPRESSUM



Seit 1986 erscheint in Münster die Vierteljahreszeitschrift die „Sperrre“ – gemacht von Menschen ohne Arbeit für Menschen auf Arbeitssuche. Vier Jahrzehnte sozialpolitische Herausforderungen, Arbeitsmarktumbrüche, Reformdebatten und Lebensrealitäten von Erwerbslosen liegen hinter uns. Zum 40-jährigen Jubiläum blicken wir zurück, erinnern und fragen: Wie haben sich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Deutschland verändert – und was bedeutet das für die Menschen, die wir erreichen wollen und müssen?

# 40 JAHRE Sperrre

## Zwischen Hoffnung, Härte und Solidarität

Ein Rückblick auf vier Jahrzehnte  
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Deutschland  
(1986–2026)

Von Christoph Theligmann

### Die Anfänge: Arbeitsmarktkrise in den 1980er und 1990er Jahren

Als die „Sperrre“ 1986 erstmals erschien, war die Bundesrepublik Deutschland von strukturellen Problemen auf dem Arbeitsmarkt geprägt. Hohe Arbeitslosigkeit, besonders in Regionen des industriellen Wandels, und unzureichende Unterstützungsstrukturen prägten den Alltag vieler Menschen. Die bisherige Sozialpartnerschaftspolitik stieß an Grenzen.

Mit der Wiedervereinigung 1990 kam eine zusätzliche Belastung: Millionen Menschen in Ostdeutschland standen vor dem Übergang in ein marktwirtschaftliches System, begleitet von Massenentlassungen und dem Zusammenbruch vieler Betriebe. Die Arbeitslosenstatistik stieg deutlich, und die Debatte um Arbeitsmarkt- und Sozialreformen gewann an Schärfe.

● In dieser Zeit verstand sich die „Sperrre“ als kritische Stimme für Betroffene, berichtete über konkrete Lebenssituationen und brachte Perspektiven zusammen, die in etablierten Medien oft zu kurz kamen: Wie gelingt Teilhabe ohne Arbeit? Wie lassen sich Wohn-, Gesundheits- und soziale Sicherheit für alle gewährleisten? Diese Fragen blieben über Jahrzehnte aktuell.



## Hartz-Reformen: Modernisierung oder soziale Spaltung?

Die vielleicht einschneidendste Phase der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik begann Anfang der 2000er Jahre unter der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die Agenda 2010 und insbesondere die Hartz-Reformen (2003–2005) veränderten das System der sozialen Sicherung tiefgreifend. Ziel war es, Arbeitsmarktstrukturen zu flexibilisieren, Vermittlung zu beschleunigen und Arbeitslosenhilfe zu Arbeitslosengeld II zusammenzuführen.

Für die Bundesregierung bedeutete das eine Modernisierung. Kritiker\*innen und Betroffene sahen darin jedoch eine deutliche Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln, Sanktionen bei Ablehnung von Maßnahmen und eine steigende Verunsicherung. Besonders die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in Hartz IV führte zu Einkommenseinbußen für viele – vor allem für langjährig Versicherte mit höheren Ansprüchen.

● Die „Sperre“ dokumentierte die Folgen: Stimmen von Betroffenen, Berichte über die tägliche Auseinandersetzung mit dem Jobcenter, Kritik an den Sanktionen und der Bürokratie. Deutlich wurde: Viele Menschen fühl-

ten sich entwertet und unter Druck gesetzt, während der offizielle Diskurs von „Fördern und Fordern“ sprach.

## Soziale Sicherung im Wandel: Riester-Rente, Pflegeversicherung und Gesundheit

Parallel zu den Arbeitsmarktdebatten veränderte sich auch das System der sozialen Sicherung, Riester-Rente (2001): Mit dem demografischen Wandel wuchs die Sorge um die Finanzierung der Renten. Die Riester-Rente wurde eingeführt, um die staatliche Rente durch private Vorsorge zu ergänzen. Trotz staatlicher Zulagen blieb vielen Erwerbslosen und Geringverdiener\*innen der Zugang schwer – es fehlten ausreichende Mittel, um überhaupt sparen zu können. Kritiker\*innen sahen darin eine Umverteilung von Risiken auf jene, die ohnehin wenig haben.

Gesundheits- und Pflegeversicherung: In den 1990er und 2000er Jahren wurden im Gesundheitswesen zahlreiche Reformen durchgesetzt – mit dem Ziel, Kosten zu begrenzen und Effizienz zu steigern. Für Erwerbslose bedeuteten sparpolitische Maßnahmen oft eingeschränkte Leistungen, höhere Zuzahlungen und weniger wirklich bedarfsgerechte Versorgung. Die Einführung der Pflege-

versicherung Mitte der 1990er Jahre war ein Meilenstein, doch auch hier zeigte sich bald: Die Leistungen decken nicht alle Kosten, weshalb viele Familien unzureichend unterstützt blieben.

● Die „Sperre“ war stets interessiert an der Frage, wie soziale Sicherung jenseits reiner Beschäftigung funktioniert – und wo Lücken klaffen. Gesundheitsprobleme, chronische Erkrankungen und Pflegebedarfe sind in der Lebenswelt vieler Arbeitsloser Realität, sowohl als Ursache als auch als Folge von Erwerbslosigkeit.

## Krisen, Digitalisierung und neue Arbeitswelt

Die Finanzkrise ab 2008, die Flüchtlingsbewegung von 2015 und die COVID-19-Pandemie 2020 waren Wendepunkte. Jede Krise beeinflusste den Arbeitsmarkt, die Beschäftigungsverhältnisse und politische Antworten: Kurzarbeit wurde zur Stabilisierungsmaßnahme – zugleich zeigte die Pandemie die Verletzlichkeit von prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Digitalisierung veränderte Arbeitsprozesse, Qualifikationsanforderungen und machte lebenslanges Lernen unabdingbar. Politische Programme wie Qualifizierungs- und Weiterbildungsinitiativen sollten Menschen fit



**40 Jahre SPe<sup>rre</sup>** – Vier Jahrzehnte sozialpolitische Herausforderungen, Arbeitsmarktumbrüche, Reformdebatten und Lebensrealitäten von Erwerbslosen

für die Zukunft machen – doch oft fehlte es an passgenauen Angeboten für Langzeitarbeitslose.

● Die „Sperre“ hat diese Entwicklungen stets kritisch begleitet. Berichtet wurde über Chancen, aber auch über Hürden: Wie profitieren Menschen ohne Job von neuen Qualifizierungsformaten? Welche Barrieren bestehen – digital, sozial, psychologisch?

### Bürgergeld und aktuellere Reformdebatten

In den frühen 2020er Jahren wächst der politische und gesellschaftliche Druck, die Grundsicherung neu zu denken. Die Diskussion um ein Bürgergeld – als Alternative oder Weiterentwicklung von Hartz IV – zielt darauf ab, mehr Teilhabe, Planungssicherheit und weniger Sanktionen zu ermöglichen. Befürworter\*innen sehen darin einen Schritt weg von Disziplinierung hin zu Vertrauen und Unterstützung. Kritiker\*innen warnen vor hohen Kosten und Wirkungsverlusten im Vermittlungssystem.

● Aus Sicht vieler Betroffener – und aus der Perspektive der „Sperre“ – sind zwei Fragen zentral: Wie schafft Gesellschaft Teilhabe jenseits von Erwerbsstatus? Wie können Unterstützungsleistungen würdig, verlässlich und individuell gestaltet werden?

### Lebenswirklichkeiten im Fokus – unterwegs zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Sozial- und arbeitsmarktpolitische Entscheidungen haben reale Konsequenzen: Für Menschen, die morgens aufstehen und sich fragen, wie sie ihren Lebensunterhalt sichern sollen. Für Familien, die trotz Erwerbsarbeit am Existenzminimum bleiben. Für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, die nur schwer eine feste Arbeitsstelle finden. Diese Perspektive war und ist das Herz von unserer Zeitung. Nicht als theoretische Reflexion, sondern als publizistische Stimme derjenigen, die von politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind.

### Ausblick: Solidarität in einer sich wandelnden Gesellschaft

Vierzig Jahre „Sperre“ sind ein Anlass zum Feiern – aber auch zum Nachdenken. Die Arbeitswelt, die soziale Sicherung, die politischen Debatten haben sich gewandelt. Doch der zentrale Anspruch bleibt: Gute Lebensbedingungen für alle, unabhängig von Erwerbsstatus. In den kommenden Jahren stehen Herausforderungen an: Ein inklusiver Arbeitsmarkt, der Vielfalt anerkennt. Soziale Sicherungssysteme, die Risiken abfedern statt ausgrenzen. Gesundheit und Pflege als zentrale Gemeingüter. Digitalisierung als Chance für Teilhabe, nicht als zusätzliche Bar-

riere. Und immer wieder die Frage: Wie gelingt ein soziales Miteinander, in dem niemand auf der Strecke bleibt?

### Schlusswort

Die „Sperre“ hat in 40 Jahren viel gesehen: Reformen, Krisen, Debatten, Fortschritte und Rückschläge. Doch sie hat vor allem eines getan: Menschen eine Stimme gegeben. Wenn wir mit dieser Ausgabe zurückblicken, dann nicht nur auf politische Chronologien – sondern auf menschliche Geschichten. Geschichten von Hoffnung, von Ausgrenzung, von Durchhalten und vom Streben nach Gerechtigkeit. Und wenn wir nach vorne schauen, dann hoffen wir, dass Gesellschaft und Politik aus den Erfahrungen der letzten vier Jahrzehnte lernen und solidarische Antworten finden – für alle, die Arbeit suchen, und für alle, die in diesem Land leben.

Unser Motto in den hinter uns liegenden vierzig Jahren, frei nach Willy Brandt: „Wir haben uns bemüht.“ Und wir werden uns auch in Zukunft bemühen. Niemand ist perfekt – Was vergessen? Arbeitsuchende und arbeitslose Menschen haben auf dem Wohnungsmarkt einen ganz besonders schweren Stand. Das Thema „Wohnen“ beschäftigt die „Sperre“ regelmäßig. Das wird so bleiben.

**Herzlichen Glückwunsch „Sperre“ – auf die nächsten 40 Jahre!** ■

# LVM-Versicherung zahlt Zoo-Eintritt



Ein Erfolgsmodell: 40 Jahre Münster-Pass

Von Arnold Voskamp

**Vor 40 Jahren hatten Aktive der Sperre-Gründung einen „Vorläufigen Münster-Pass“ an Menschen mit geringen Einkommen herausgegeben. Dazu hatten sie Kontakte gesucht und viele Ermäßigungen ausgehandelt, mit Bildungsträgern, Kinos, Theatern, Sportvereinen und so weiter, auch mit dem Zoo.**



Foto: Agneta Becker

**D**ie LVM-Versicherung hat mit dem Zoo eine neue Sponsoren-Ver einbarung geschlossen. Ab Januar 2026 zahlt sie vier Jahre lang die Eintrittskarten für bedürftige Menschen ohne existenzsichernde Einkommen mit Münster-Pass. Schon in der Vergangenheit hatte die LVM in Sonderprogrammen den Zoo und ihre nicht so wohlhabenden Besucher:innen unterstützt.

„Der Münster-Pass erleichtert Menschen mit geringem Einkommen bereits die Teilhabe an kulturellen und sozialen Angeboten. Dennoch bleiben viele Aktivitäten weiterhin schwer zugänglich. Deshalb gehen wir einen Schritt weiter und machen den Zoobesuch komplett kostenfrei“, machte Marko Feldbaum, Abteilungsleiter Kommunikation der LVM-Versicherung das Angebot be-

kannt. Damit hat er das langjährige Anliegen der Arbeitslosenzeitung SPERRE und anderen Initiativen kurz und knapp beschrieben.

Die örtliche Politik hatte sich zunächst mehrheitlich schwer damit getan, auch den Busverkehr der Stadtwerke billiger zu machen. Dieses war ein wesentliches Anliegen der sozialen Initiativen. Mit dem Wechsel der politischen Mehrheiten fand die Stadt sich jedoch schließlich bereit, die öffentlichen Nahverkehr weiter zu öffnen und ermäßigte Tickets herauszugeben. Die NRW-Landesregierung hatte sich später ebenfalls rein gehängt. Sie erstattet heute knapp die Hälfte der städtischen Kosten für die Bustickets.

Die Stadt Münster gibt dafür den offiziellen Münster-Pass heraus, und zwar

an Menschen mit Sozialleistungen, also etwa Bürgergeld, Kinderzuschlag, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen. Der vorläufige Münster Pass ist, wie der Name besagt, ein Vorläufer des Offiziellen. Weiterhin im Angebot und eine Er rungenschaft aus unserer 40-jährigen Arbeit. Das macht uns ein wenig stolz. Mit dem städtischen Münster-Pass sind die vielen Angebote zu Bildung, Sport, Kultur, Unterhaltung zugänglich. Den „Vorläufigen Münster-Pass“ gibt es also weiterhin für Menschen, die mit ihren Einkommen knapp über der Grenze liegen oder die keine Sozialleistungen beantragen wollen. Dieser ist in den cuba-Sozialberatungen oder im Malta erhältlich.

Das Angebot des Zoos mit der großen Unterstützung der LVM-Versicherung ist ein wichtiger Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen, die sonst aus wirtschaftlichen Gründen abgehängt und ausgeschlossen sind. Der Betrieb des Zoos ist nun mal sehr teuer, auch eine ermäßigte Eintrittskarte war bislang nicht billig. Diese Einladung in den Zoo darf als große Geste geschätzt werden. ■

[https://cuba-muenster.de/app/uploads/2025/05/Der\\_Vorlaeufige\\_Muenster-Pass.pdf](https://cuba-muenster.de/app/uploads/2025/05/Der_Vorlaeufige_Muenster-Pass.pdf)



# Menschen sind die Lösung

Solidarität und Gerechtigkeit  
statt Spaltung

Gastbeitrag von Carsten Peters



Foto: Agneta Becker

Jeden Tag wird ein neuer Angriff auf den Sozialstaat, Arbeitnehmer\*innenrechte und Schutzrechte aus dem Lager von CDU und ihre nahestehenden Organisationen gestartet.

Achtstundentag, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeiten bis 70 und länger, Schleifen des Kündigungsschutzes, Einschränkung des Streikrechts und des Rechts auf Teilzeit. Fast kein Thema, das für Beschäftigte und ihre Rechte wichtig, schützend und notwendig ist, wurde ausgelassen.

## Scharfe Kritik an Sozialabbau und „Kahlschlag-Debatten“

Dass der Koalitionspartner SPD diese Vorschläge nicht mitgehen kann, ist wenig überraschend. Es muss einen Stopp dieser Kahlschlag-Debatten geben. Sie verunsichern die Menschen, würgen den schwachen wirtschaftlichen Aufschwung ab und bringen kein Wachstum, so eine gemeinsame Erklärung der acht Vorsitzenden der DGB-Mitgliedsgewerkschaften.

Und: Was derzeit als „Reformdebatte“ daherkommt, ist ein Armutszeugnis

für die Union und viele Wirtschaftsverbände. Sie wollen mit dieser Kampagne von den vielen strategischen Fehlentscheidungen in den Chefetagen und den großen Herausforderungen ablenken: fehlende Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Transformation, mangelnde Tarifbindung, ungerechte Steuerpolitik und eine verfehlte Wirtschaftspolitik. Statt diese Baustellen anzugehen, wird ein radikaler sozialer Kahlschlag gefordert – mit immer abenteuerlicheren Vorschlägen auf Kosten der Menschen im Land, die angeblich zu faul, zu krank, zu oft in Teilzeit seien.

Diese Debatten spalten unsere Gesellschaft, gefährden die Demokratie und lösen keine Probleme. Wir Gewerkschaften sagen klar: Wir dulden keine weiteren Angriffe auf die Beschäftigten und den Sozialstaat. Wer die Beschäftigten an seiner Seite wissen und die Demokratie stärken will, muss gute Löhne und Arbeitsbedingungen sowie die soziale Absicherung stärken, statt die Menschen gegeneinander auszuspielen.

### **Gewerkschaften fordern Kurswechsel: Mehr Steuergerechtigkeit und bessere Arbeitsbedingungen**

DGB und Gewerkschaften fordern ein Ende der Debatten, die nur verunsichern und die Gesellschaft spalten. Statt Abrisspläne für Arbeitsrechte und Sozialstaat brauche es mehr Steuergerechtigkeit für hohe Einkommen und Vermögen. Statt Beschäftigten ihre hart erkämpften Rechte abzusprechen, brauche es entschlossene Reformen, die Deutschland voranbringen: Reformen sind nicht dann gut, wenn sie den Menschen besonders wehtun.

Die Gewerkschaften fordern einen Kurswechsel: weg von Scheindebatten, hin zu echten Reformen – zu denen die Reichen und Überreichen endlich beitragen müssen. Yasmin Fahimi, DGB-Bundesvorsitzende, fasst zusammen: "Statt die drängenden wirtschaftlichen und strukturellen Probleme unseres Landes anzugehen, werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Sün-

denbock gemacht. Menschen krank zur Arbeit zu schicken oder von ihnen zu verlangen, später in Rente zu gehen – das bringt keinen einzigen neuen Auftrag in unser Land. Es ist eine völlige Illusion zu glauben, dass man durch Kahlschlag am Sozialstaat Wirtschaftswachstum generieren könnte. Diese permanent aufgegriffene Debatte um Einschnitte bei sozialen Errungenschaften ist respektlos und schäbig. Sie geht völlig an der Realität der Beschäftigten vorbei und ist nur Öl ins Feuer wachsender gesellschaftlicher Unzufriedenheit. 2026 darf kein verlorenes Jahr für die Arbeitnehmer werden."

Die Gewerkschaftsvorsitzenden machen für ihre Fachbereiche jeweils deutlich wie weit die Union und ihr Bundeskanzler von der Wirklichkeit der Arbeitswelt entfernt lebt, kontraproduktive Forderungen stellt und vor allem der Respekt vor der Leistung der Beschäftigten fehlt. Zugleich wird die Bereitschaft angekündigt entschieden gegen diese Politik vorzugehen.

Gefordert werden mehr Tarifbindung in den Betrieben, mehr Gesundheitsschutz und bessere Arbeitsbedingungen; sowie mehr Unterstützung durch verbesserte Kinderbetreuung, um Beruf und Familie zusammenbringen zu können.

Wichtiger Punkt ist die fehlende Steuergerechtigkeit. Kaum ein Land besteuert Arbeitseinkommen so hoch wie die Bundesrepublik und zugleich Einkommen aus Vermögen so gering. Mit der Aussetzung (und faktischen



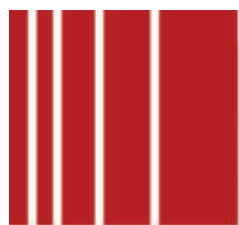
>> Es ist eine völlige Illusion zu glauben, dass man durch Kahlschlag am Sozialstaat Wirtschaftswachstum generieren könnte. <<

(Yasmin Fahimi,  
DGB-Bundesvorsitzende)

Abschaffung) der Vermögenssteuer 1996 unter der CDU/FDP-Regierung fehlen der öffentlichen Hand sichere Einnahmen. Aktuelle Modellrechnungen ergäben eine jährliche Summe von 100 - 150 Milliarden Euro, die den Ländern zu Gute kämen. Geld, das dort gut gebraucht wird und z.B. in allen Bildungsbereichen fehlt.

### **Rentenpolitik, Altersarmut und soziale Spaltung im Fokus**

Es braucht tatsächlich einen Politikwechsel. Und zwar einen, der das ständige Nach-unten-Treten beendet und tatsächlich das Leben der abhängig Beschäftigten verbessert und nicht erschwert und weiter belastet.



**NachDenkSeiten**  
Die kritische Website

[www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

Ein weiteres Thema ist die Rentenpolitik. Zwar wurde der aktuelle Rentensatz mit 48% noch einmal für 5 Jahre festgeschrieben, allerdings gegen erheblichen Widerstand von Politikern der Jungen Union. Nun wird eine Rentenkommission eingesetzt, die nach Lösungen suchen soll.

Notwendig ist eine Strategie gegen Altersarmut, angesichts zunehmender prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die insbesondere für Frauen eine Ar-

mutsfalle darstellen. Voraussichtlich wird es wieder darum gehen auf mehr private Vorsorge zu drängen, wohl wissend, dass 40% der Beschäftigten überhaupt nicht in der Lage sind Geld für das Alter zurück zu legen. Private Vorsorgen wie die „Riester-Rente“ sind gescheitert, auch andere Modelle (sog. „Aktienrente“) überzeugen nicht.

Nicht Thema der öffentlichen Debatte ist die Zunahme von Armut und drohender Obdachlosigkeit. Aktuell gibt

es in der Bundesrepublik über 970 gemeinnützige Tafeln, die mehr als 1,5 Millionen in Armut mit Lebensmitteln versorgen. Zahlen, die in keiner Bilanz, Statistik oder Kostenrechnung auftauchen. Was tut die Bundesregierung, um Armut wirkungsvoll zu bekämpfen?

Der Begriff Reform und die Ankündigung derselben waren früher ein Versprechen auf Verbesserung, heute ist der Begriff die Androhung von Sozialabbau, Arbeitsverdichtung und Kürzungspolitik statt Aufstiegsversprechen. Es ist längst Zeit für einen Politikwechsel. ■

#### Gastautor Carsten Peters

„Ich bin Geschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und stellvertretender DGB-Vorsitzender des DGB-Stadtverbandes Münster, sowie Ratsherr der Grünen im Rat der Stadt Münster.“

Die SPERRE wird mit dieser Ausgabe 40 Jahre alt.

Warum schreibe ich regelmäßig für die SPERRE? Die SPERRE thematisiert Inhalte, die oft nicht in der großen Tagespresse zu lesen, unter den Tisch fallen und wenig beachtet werden. Hier gibt es wichtige Tipps und Hinweise für Arbeitsuchende und Bürgergeld-beziehende, Hilfe, Unterstützung und auch Diskussion. Das unterstütze ich gern und bin dankbar hier schreiben zu können.“

Weiterführende Texte des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu den Themen Investitionen, Tarifbindung, Steuerkonzept:

<https://www.dgb.de/geld/investitionen/>

<https://www.dgb.de/gute-arbeit/tarifbindung/>

<https://www.dgb.de/geld/steuerkonzept/>

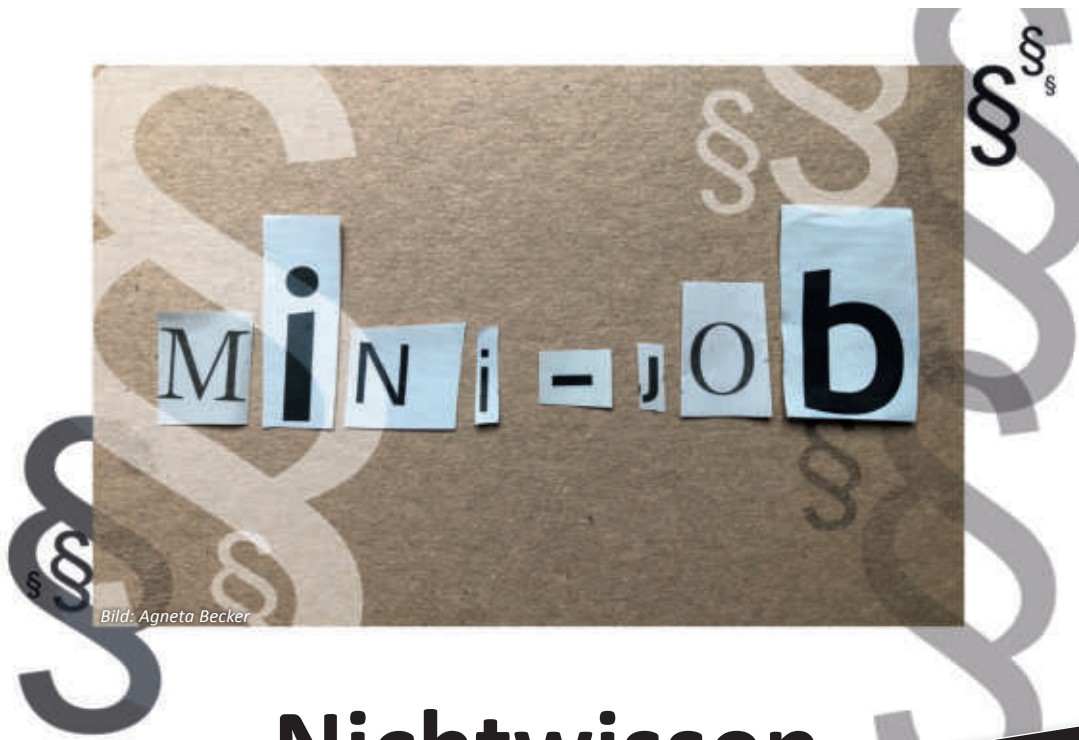


**Spendenauftrag!!**

Wir benötigen dringend Geld für Kaffee, Kaffeefilter, Milch, Lebensmittel ...

**MALTA** Münsters Arbeitslosentreff  
Achtermannstraße 10-12 | 48143 Münster  
Tel 0251 4140553

Das MALTA ist ein offener Treff für Arbeitslose. Es ist eine ergänzende Anlaufstelle für Fragen rund um das Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit.



# Nichtwissen und Irrtümer Minijobs

Von Arnold Voskamp

**Minijobs gelten als zweitklassige Jobs. In mancher Sicht stimmt das auch: Minijobs sind oft aufgeteilte Arbeiten, ohne besondere Vielfalt und besonderen Qualifikationsanspruch. Die Einkommensuntergrenze richtet sich nach 10 Wochenstunden zum Mindestlohn. Der Mindestlohn steigt 2026 auf 13,90 Euro je Stunde. Minijobs gehen bis 603 Euro im Monat.**

Für Minijobs müssen die Beschäftigten keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlen. Die Beschäftigten sind meist weiblich. Bei der Einführung der Minijobs nahm man an: die Minijobberinnen sind schon über ihre Männer versichert. Die Rente kam über den Mann, die Krankenversicherung auch. Und so ist die Sozialversicherung bis heute organisiert, mit Witwenrente und mit Familienversicherung in der Krankenkasse.

Auch wenn sie nicht versichert arbeiten, sind MinijobberInnen in ihrer Arbeit nicht rechtlos. Verschiedene Urteile des Bundesarbeitsgerichts stärken ihren Anspruch. Minijobs gelten als Teilzeitbeschäftigungen, die gegenüber Vollzeitjobs nicht benachteiligt werden.

Im Minijob hat man Anspruch auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit. Erhalten sozialversicherte Kollegen für die gleiche Arbeit einen höheren Stundenlohn, dann darf die Minijobberin ebenfalls einen höheren Lohn verlangen.

Im Minijob kann man nicht von heute auf morgen kündigen oder gekündigt werden. Es gilt das Arbeitsrecht wie für andere auch. Der Kündigungsschutz und die Kündigungsfristen müssen eingehalten werden.

Im Minijob kriegt man auch weiterhin Lohn, wenn man krank ist und nicht arbeiten kann. Regeln zur Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber gelten genau wie für die Kolleginnen und Kollegen, die sozialversichert arbeiten. Erst

wenn die Krankheit länger als sechs Wochen dauert, muss kein Lohn mehr bezahlt werden. Danach zahlt die Krankenkasse bei sozialversicherten Beschäftigten das Krankengeld. Im Minijob zahlt man jedoch keine Krankenversicherung, also gibt es bei längerer Krankheit kein Krankengeld.

Im Minijob hat man wie alle anderen Beschäftigten einen Anspruch auf bezahlten Urlaub, mindestens vier Wochen im Jahr, und je nach Tarifvertrag auch länger. Außerdem: Fällt der normale Arbeitstag auf einen Feiertag, so hat man wie andere Beschäftigte auch Anspruch auf Lohnfortzahlung.

Wenn der Betrieb eine Arbeitnehmervertretung, einen Betriebsrat hat, dann kann man diese um Unterstützung bitten, wenn es Probleme gibt. Finden Sie hier keine Unterstützung, so wenden Sie sich an eine Gewerkschaft oder an die:

**„Beratungsstelle für Arbeit im cuba“,  
Achtermannstraße 10-12, 48143  
Münster, Telefon 0251 511929.**



Bild: Agneta Becker

# Der Sozialstaat funktioniert

Wo Reformen tatsächlich helfen könnten

Von Christoph Theligmann

**Rente, Grundsicherung, Gesundheitswesen: Kaum ein Bereich des deutschen Sozialstaats kommt noch ohne Reformdebatte aus.**

**Gleichzeitig gilt: Wo viel Geld verteilt wird, ist politischer Streit programmiert. Doch das Zögern wird immer teurer.**

**Wo die größten Bruchstellen liegen:**

**D**as Rentenpaket, die angekündigte Abschaffung des Bürgergelds – all das soll nur der Auftakt sein. Union und SPD haben sich vorgenommen, den Sozialstaat grundlegend zu modernisieren. Kommissionen tagen, Gutachten werden geschrieben, und Kanz-

ler Friedrich Merz erklärte in seiner Neujahrsansprache, 2026 werde das Jahr der „grundlegenden Reformen“. Der Handlungsdruck ist offensichtlich: bei der Grundsicherung, bei der Rente, im Gesundheitswesen, bei der Unterstützung einkommensschwacher Haushalte insgesamt.

## Ein Sozialstaat, zwei Systeme – und viele Fehlanreize

Eine der größten Schwächen des deutschen Sozialstaats ist zugleich eine seiner unbekanntesten: Für Menschen mit niedrigen Einkommen existieren faktisch zwei parallele Sicherungssysteme. Auf der einen Seite steht das Bürgergeld – bald Grundsicherung genannt –, ausgezahlt von den Jobcentern. Es richtet sich an Erwerbslose oder an Menschen, deren Einkommen nicht zum Leben reicht. Die Leistungen sind so kalkuliert, dass das Existenzminimum gerade eben gesichert ist.

Auf der anderen Seite steht ein zweites System ohne klaren Namen. Wer arbeitet, aber mit seinem Lohn Miete, Heizung und Lebensmittel nicht bezahlen kann, erhält ebenfalls staatliche Hilfe – etwa über Wohngeld oder den Kinderzuschlag. Zuständig ist hier jedoch nicht das Jobcenter, sondern eine andere Behörde.

Was nach fein austariertem Sozialstaat klingt, ist in der Praxis dysfunktional. Die Leistungen greifen schlecht

ineinander, sie widersprechen sich teilweise sogar. Das Ergebnis sind massive Fehlanreize: Wer mehr arbeitet oder ein höheres Einkommen erzielt, verliert oft so viel Unterstützung, dass sich zusätzliche Arbeitsstunden kaum lohnen. Für viele bleibt vom Mehrverdienst kein Euro übrig. Das ist keine Aktivierungspolitik, sondern ein Systemfehler.

Die Politik versucht nun, Grundsicherung und ergänzende Leistungen zusammenzuführen. Ziel ist ein einheitliches Modell, das Arbeit tatsächlich belohnt. Arbeitsmarktforscher sprechen von Hunderttausenden zusätzlichen Jobs, die möglich wären. Doch eine solche Reform verlangt politischen Mut. Zuständigkeiten sind zersplittert, Kosten verteilen sich auf unterschiedliche Haushalte, jedes Ministerium verteidigt sein Terrain. Das Ifo-Institut zeigt: Ohne Zugeständnisse aller Beteiligten geht es nicht. Gelingt es dennoch, wäre der Effekt erheblich – für Geringverdiener ebenso wie für Wachstum und Beschäftigung insgesamt.

### Wenn Arbeit immer teurer wird

Für Beschäftigte ist es längst Alltag: Ein Blick auf die Gehaltsabrechnung zeigt, wie stark Steuern und Sozialabgaben das Bruttoeinkommen schmälern. Besonders die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung steigen seit Jahren. Bald dürfte auch die Rentenversicherung nachziehen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen die Last je zur Hälfte.

Vor zehn Jahren lag die Sozialabgabenquote noch unter 40 Prozent, inzwischen überschreitet sie 42 Prozent – und das Ende ist nicht in Sicht. Haupttreiber ist die Alterung der Gesellschaft. Immer mehr Rentner benötigen medizinische Versorgung und Pflege, während moderne Medizin immer kostspieliger wird. Experten warnen: Ohne Reformen könnten die Sozialabgaben bis 2035 auf nahezu 50 Prozent steigen.

Die Folgen sind gravierend. Erstens bleibt den Beschäftigten immer we-

niger Netto vom Brutto, zusätzliche Leistung wird kaum belohnt. Zweitens wächst der Anreiz, Abgaben zu umgehen – legal oder illegal. Drittens verteuert sich Arbeit für Unternehmen. Neueinstellungen werden risikoreicher, bestehende Jobs geraten unter Druck.

Reformen müssen deshalb nicht nur effizienter werden – etwa durch Digitalisierung in Kliniken und Praxen –, sondern auch die Finanzierungsbasis verbreitern. Wer Arbeit entlasten will, muss einen Teil der Sozialausgaben anders finanzieren, etwa über Steuern. Sinnvoll wäre es, dort anzusetzen, wo Einkommen weitgehend ohne eigene Leistung entsteht: bei großen Erbschaften. Heute zahlen Erben von Millionenvermögen oft geringere Steuersätze als Familien, die ein durchschnittliches Haus vererben.

Ökonomen betonen, dass sich die Erbschaftsteuer so reformieren lässt, dass Unternehmen – insbesondere Familienbetriebe – nicht in Schwierigkeiten geraten, etwa durch lange Zahlungsfristen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung könnten allein durch den Abbau von Sonderregelungen für Unternehmens- und Immobilienerben fast acht Milliarden Euro pro Jahr eingenommen werden. Sinkende Sozialbeiträge würden letztlich auch die Unternehmen entlasten.

### Eine Rente, die auch morgen noch trägt

Soll die Altersvorsorge langfristig stabil bleiben, ohne Beschäftigte und Betriebe zu überfordern, braucht es einen neuen gesellschaftlichen Konsens. Die demografische Entwicklung ist eindeutig: Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Rentner aufkommen. Diese Last kann nicht einseitig verteilt werden.

Das bedeutet: Viele Menschen sollen länger arbeiten müssen. Zwar steigt das Renteneintrittsalter bis 2031 auf 67 Jahre. Doch ob das reichen wird? Gleichzeitig braucht es Ausnahmen für Menschen in körperlich belastenden Berufen oder mit gesundheitlichen Einschränkungen. Jüngere Generationen sollen zudem stärker privat vorsorgen müssen, wenn sie ihren Lebensstandard im Alter zu sichern haben.

Auch Rentnerinnen und Rentner selbst könnten zur Stabilisierung beitragen. Hohe Renten ließen sich langsamer anheben als niedrige. Unternehmen wiederum müssten deutlich häufiger Betriebsrenten anbieten, um die gesetzliche Rente sinnvoll zu ergänzen.

Und schließlich führt kein Weg daran vorbei, Vermögende stärker einzubeziehen. Vermögensgewinne und Spekulationserträge sind in Deutschland



bislang privilegiert. Wer eine Immobilie nach zehn Jahren verkauft, kann Gewinne steuerfrei einstreichen – selbst wenn sie in die Hunderttausende gehen. Angesichts explodierender Immobilienpreise der vergangenen Jahrzehnte ist das kaum zu rechtfertigen.

## Hilfe, die ankommt – nicht abschreckt

Der Wunsch nach maximaler Gerechtigkeit im Einzelfall hat den Sozialstaat paradoxerweise unzugänglich gemacht. Anträge sind oft so komplex, Nachweise so umfangreich, dass viele Anspruchsberechtigte aufgeben. Studien zeigen: Zwischen 37 und 56 Prozent der Menschen mit Anspruch auf Grundsicherung beantragen diese Leistungen nicht.

Oft müssen Bedürftige mehrere Behörden aufsuchen und immer wieder dieselben Informationen vorlegen. Dabei liegen die meisten Daten längst vor – sie werden nur nicht geteilt. Datenschutz, fehlende Technik und zersplitterte Zuständigkeiten bremsen den Austausch.

Die Lösung liegt auf der Hand: Die Daten müssen zwischen den Behörden wandern, nicht die Menschen. Digitale Anträge sollten Standard werden, persönliche Beratung aber erhalten bleiben. Denn nicht alle kommen mit digitalen Verfahren zurecht. Wer Hilfe will, sollte sie einfach bekommen – und nicht an Formularen scheitern (siehe auch nachfolgenden Artikel).

## Klimaschutz darf nicht arm machen

Die sozialen Nebenwirkungen der Klimapolitik sind absehbar. Der CO<sub>2</sub>-Preis auf Heizenergie und Kraftstoffe steigt weiter und trifft Haushalte mit geringem Einkommen besonders stark. Schon 2026 könnten allein fürs Heizen mehrere Hundert Euro zusätzlich fällig werden. Benzin ist ebenfalls deutlich teurer geworden. Da sich der CO<sub>2</sub>-Preis

künftig stärker am Markt orientiert, ist der Trend klar: Fossiles Wohnen und Fahren wird kontinuierlich teurer.

Das Prinzip dahinter ist sinnvoll. Hohe Preise sollen den Umstieg auf klimafreundliche Alternativen fördern. Doch Wärmepumpen oder Elektroautos sind teuer – oft unerschwinglich für Menschen mit wenig Geld. Die Folge: Gerade jene, die am stärksten unter steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen leiden, können ihnen am wenigsten entkommen. Gleichzeitig treffen Klimafolgen wie Hitze oder steigende Lebensmittelpreise ärmere Haushalte besonders hart.

Dabei gäbe es Spielräume. Allein 2024 nahm der Staat rund 13 Milliarden Euro aus dem CO<sub>2</sub>-Preis ein. Würden diese Einnahmen pro Kopf als Klimageld zurückgegeben, könnten insbesondere Familien profitieren. Förderprogramme ließen sich konsequent nach Einkommen staffeln – etwa bei Sanierungen oder durch staatlich unterstütztes Leasing kleiner Elektroautos. Umweltbundesamtschef Dirk Messner bringt es auf den Punkt: Der CO<sub>2</sub>-Preis ist richtig, aber er braucht einen sozialen Ausgleich. Die Koalition hat entsprechende Entlastungen angekündigt – umgesetzt wurden sie bislang nicht.

## Digitalisierung: Entlastung für Ärzte und Patienten

Die Deutschen gehen so häufig zum Arzt wie kaum ein anderes Volk. Das ist

teuer – und treibt die Krankenkassenbeiträge nach oben. Daran wird sich so schnell nichts ändern. Doch es muss nicht immer der Arzttermin sein, der Klarheit bringt.

Künstliche Intelligenz könnte künftig erste Anlaufstelle bei gesundheitlichen Fragen werden. Apps können Symptome einordnen, beraten oder Rezepte ausstellen. Hautveränderungen werden bereits heute automatisiert ausgewertet. Würden Krankenkassen solche Angebote übernehmen, könnten Wartezeiten sinken und Ärzte sich auf die wirklich schweren Fälle konzentrieren.

Trotz Fortschritten seit der Pandemie bleibt Deutschland bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens zurück. Datenschutz hat oft Vorrang – mit hohen Kosten. Die elektronische Patientenakte existiert zwar, ist aber noch schwerfällig. Künftig könnten Suchfunktionen und KI helfen, Risiken schneller zu erkennen, etwa gefährliche Wechselwirkungen von Medikamenten.

Auch für technikskeptische Menschen gibt es Lösungen. Sprachsteuerung wird immer besser. In anderen Ländern diktieren Patienten ihre Beschwerden, die KI strukturiert die Angaben automatisch. Wer möchte, kann alles ausdrucken lassen. Richtig umgesetzt spart Digitalisierung Geld – und schafft Raum für das, worum es eigentlich geht: bessere Gesundheit. ■





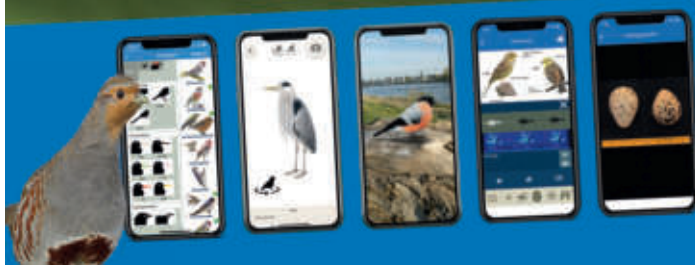
### fast umsonst - mit dabei!

... fast umsonst - mit dabei! richtet sich an Menschen, die aufgrund von Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und geringem Einkommen Unterstützung suchen. Ob es sich um ein Dach über dem Kopf, günstige Kleidung, preiswerte Möbel oder eine erschwingliche Mahlzeit handelt, hier findet man Tipps zum Überleben in Münster. Informationen und Adressen sind auch in Sachen Ämter, Beratung, Weiterbildung und Hilfe zur Selbsthilfe aufgeführt. Armut in Münster muss nicht ins gesellschaftliche Abseits führen. [www.münster-fast-umsonst.de](http://www.münster-fast-umsonst.de)

fast  
umsonst

mit dabei!

Mehr als 300 Vogelarten  
kennenlernen  
mit der NABU-App  
„Vogelwelt“



- Identifikation
- Bestimmungstabern
- Vergleichen-Funktion
- Bild- und Vogelstimmenerkennung
- Basisversion kostenlos

Mehr Infos unter  
[www.NABU.de/vogelwelt](http://www.NABU.de/vogelwelt)

# Angst, Scham und Überforderung

Viele Anspruchsberechtigte beantragen keine Hilfe

Von Christoph Theligmann



Foto: Agneta Becker

**Überforderung, Unsicherheit, Scham: Aus ganz unterschiedlichen Gründen verzichten viele Menschen auf staatliche Unterstützung, obwohl sie Anspruch darauf hätten. Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeichnet ein Bild, das der öffentlichen Debatte deutlich widerspricht – und zeigt zugleich, wie sich die Lage verbessern ließe.**

**W**er die Diskussionen um das Bürgergeld in den vergangenen Jahren verfolgt hat, konnte leicht zu dem Schluss kommen, die Grundsicherung werde massenhaft missbraucht. Immer wieder war von steigenden Kosten die Rede, von Menschen, die arbeiten könnten, es aber nicht täten. Der Sozialstaat, so der Tenor, werde ausgenutzt.

CDU-Generalsekretär Carsten Linneemann brachte diese Sicht im August 2025 auf den Punkt, als er erklärte, staatliche Unterstützung müsse jenen vorbehalten bleiben, die sie „wirklich

brauchen“. Das System sei jedoch zu leicht auszunutzen – und das müsse geändert werden.

Der Ende 2025 verabschiedete Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeichnet jedoch ein gänzlich anderes Bild. Er richtet den Blick auf mehr als fünf Millionen Menschen, die am Existenzminimum leben, und kommt zu einem bemerkenswerten Befund: Ein erheblicher Teil der Anspruchsberechtigten verzichtet vollständig auf staatliche Hilfe. Ausgewertete Studien der vergangenen Jahre zeigen, dass zwischen 37

und 56 Prozent der Menschen, die Anspruch auf Grundsicherung hätten, diese nicht beziehen. Bei der Grundsicherung im Alter liegt der Anteil sogar bei fast zwei Dritteln. Zwar sind solche Zahlen schwer exakt zu bestimmen – die Spannbreite ist entsprechend groß. Doch die Richtung ist eindeutig: Verzicht ist weit verbreitet, Missbrauch keineswegs der Normalfall.

### Anträge als Hürde – vor allem im digitalen Verfahren

Woran liegt das? Viele empfinden den Antrag auf Leistungen als kaum zu bewältigen. Solche Aussagen kommen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialberatungsstellen. Diese begleiten täglich Menschen, die Unterstützung suchen – und oft schon am Verfahren scheitern. Gefordert werden zahlreiche Nachweise: Kontoauszüge, Unterlagen zum Kindergeld oder Sorgerecht, Erklärungen zum Jobverlust. Hinzu kommt, dass Behörden Dokumente zunehmend ausschließlich digital akzeptieren. Und viele Menschen verfügen weder über die technische Ausstattung noch über die nötigen Kenntnisse, um Unterlagen einzuscannen oder hochzuladen. So auch das MALTA, Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße.

Diese Erfahrungen decken sich mit den Befunden des Armuts- und Reichtumsberichts. Dort wird eine ganze Reihe von Gründen aufgeführt, warum Leistungen nicht abgerufen werden. Neben der Komplexität der Verfahren spielt auch der Aufwand eine Rolle – vor allem dann, wenn es nur um geringe Beträge geht. Das betrifft etwa Menschen, die zwar arbeiten, deren Einkommen aber nicht zum Leben reicht und die Anspruch auf ergänzende Leistungen hätten.

Besonders für Zugewanderte stellen Sprache und bürokratische Fachbegriffe ein großes Hindernis dar. Anträge und Bescheide sind oft schwer verständlich. Hinzu kommen schlechte Erfahrungen mit Behörden, die zu einer grundsätzlichen Ablehnung füh-

ren, überhaupt einen Antrag zu stellen oder ein begonnenes Verfahren weiterzuführen.

Andere Betroffene finden alternative Wege, um über die Runden zu kommen: Unterstützung durch Familie, der Rückgriff auf Ersparnisse oder informelle Arbeit. Manche wissen schlicht nicht, dass sie anspruchsberechtigt wären – oder sie fühlen sich vom Dickicht der Leistungen überfordert.

### Scham, Angst – und ein abschreckendes öffentliches Bild

Neben praktischen Hürden spielen emotionale Faktoren eine entscheidende Rolle. Scham und Angst sind zentrale Gründe, warum Menschen auf Unterstützung verzichten, so der Bericht. Um diese Motive besser zu ver-

>> ... viele Menschen verfügen weder über die technische Ausstattung noch über die nötigen Kenntnisse, um Unterlagen einzuscannen oder hochzuladen. <<



Foto: Gerd Altmann / pixabay

stehen, ließ die Bundesregierung eigens qualitative Studien durchführen. In Gesprächen mit Forschenden schilderten Betroffene, sie wollten nicht als „Bittsteller“ gelten oder als „Sozialschmarotzer“ abgestempelt werden. Andere fürchteten, im eigenen Umfeld als gescheitert zu gelten. Manche verwiesen ausdrücklich auf ihren Stolz, auch mit sehr wenig auszukommen.

Verstärkt wird dieses Gefühl offenbar durch das negative Image des Bürgergelds in der öffentlichen Debatte. Mehrere Befragte nannten politische Aussagen und mediale Berichterstattung als Gründe für ihre Zurückhaltung. Sozialberaterinnen und Sozialberater bestätigten diesen Eindruck. Die scharfe Rhetorik rund um das Bürgergeld habe bei vielen Menschen das Schamgefühl verstärkt. Besonders betroffen seien jene, die jahrzehntelang gearbeitet hätten und sich nun nicht mit Leistungsbeziehern identifizieren wollten.

### Wie sich die Hemmschwelle senken ließe

Der Bericht belässt es nicht bei der Analyse, sondern zeigt auch mögliche Auswege auf – unter anderem mit Blick ins Ausland. In Schweden etwa wurden Rentner gezielt angesprochen, allerdings ohne Stigmatisierung. Behörden warben dort mit Sätzen wie: „280 000 Rentner beziehen Wohngeld – gehören Sie auch dazu?“ Andere erhielten konkrete Beispielrechnungen, die veranschaulichten, wie sehr die Unterstützung helfen könnte.

Der Effekt war deutlich: Die Zahl der Anträge stieg spürbar. Der Ansatz dahinter ist einfach – und wirkungsvoll. Wer staatliche Hilfe als legitimen Anspruch vermittelt, nicht als Almosen, senkt die Schwelle. Und erreicht genau jene, für die der Sozialstaat eigentlich gedacht ist. ■

*Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zum Nachlesen unter: [www.armuts-und-reichtumsbericht.de](http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de)*

# Wenn das Geld vom Jobcenter noch nicht kommt

## Vorschuss auf Bürgergeld oder Antrag auf vorläufige Entscheidung

Von Arnold Voskamp

**Wer Bürgergeld beantragt, hat in der Regel kaum Reserven. Wenn es dann beim Jobcenter mit der Zahlung länger dauert, dann wird es manchmal ganz eng. Dann können Rechnungen oder die Miete nicht bezahlt werden und weitere Probleme entstehen. Hier kann ein Vorschuss vom Jobcenter oder ein Antrag auf „Vorläufige Entscheidung“ helfen.**

### Wie beantragt man einen Vorschuss?

- Einen Vorschuss muss man zusätzlich zum Antrag auf Bürgergeld extra beantragen, machen Sie es am besten schriftlich.
- Wer das Geld sehr dringend braucht, sollte den Antrag früh genug schreiben und abgeben, denn auch für einen Vorschuss braucht das Jobcenter manchmal einige Zeit. Einen Monat darf es sich dafür Zeit lassen.
- Für den Vorschuss muss erstens das Jobcenter davon ausgehen können, dass man einen Anspruch auf Bürgergeld hat. Es kann jedoch die Höhe nicht sofort entscheiden, weil noch irgendetwas fehlt, zum Beispiel eine Lohn- oder eine Mietbescheinigung.

- Zweitens muss die Notlage deutlich sein, in der man sich befindet. Auszüge vom Konto, von Mahnschreiben, von Mietrückständen oder von Androhungen einer Stromsperre machen die Notlage deutlich. Ein Vorschuss kann diese existenzielle Not mildern oder abwenden.

### Vorläufige Entscheidung nach § 41a SGB II

Wenn das Jobcenter noch nicht definitiv geklärt hat, ob man einen Anspruch hat, wenn das aber sehr wahrscheinlich ist, dann kann man zusätzlich einen Antrag auf eine „Vorläufige Entscheidung“ stellen. Auch bei einer Vorläufigen Entscheidung kann schon Geld fließen.

### Einstweilige Anordnung

Es kann sein, dass das Jobcenter Ihrem Antrag nicht umgehend nachkommt und Sie akut unter Druck stehen. Dann können Sie beim Sozialgericht eine einstweilige Anordnung beantragen. Dafür müssen Sie dem Gericht nachweisen, dass Sie sich in einer existenziellen Not befinden und dass Sie einen entsprechenden Antrag beim Jobcenter gestellt haben. Es empfiehlt sich, dass Sie sich vorher beim Rechtsanwalt oder in einer Sozialberatung gut beraten lassen. ■



# Die nächste Sau im sozialpolitischen Dorf

## Eine Glosse

*Kommentar von Arnold Voskamp, ehemaliger Sozialberater*

**Kaum ist die eine Reform halb verdaut, wird schon die nächste Sau durchs politische Dorf getrieben. Diesmal heißt das Borstenvieh „Neuordnung des Sozialstaats“ – geschniegelt. Geschniegelt von einer Kommission, in der Bund, Länder und Kommunen so lange miteinander abstimmen dürfen, bis alle zustimmen oder keiner mehr weiß, worum es eigentlich ging.**

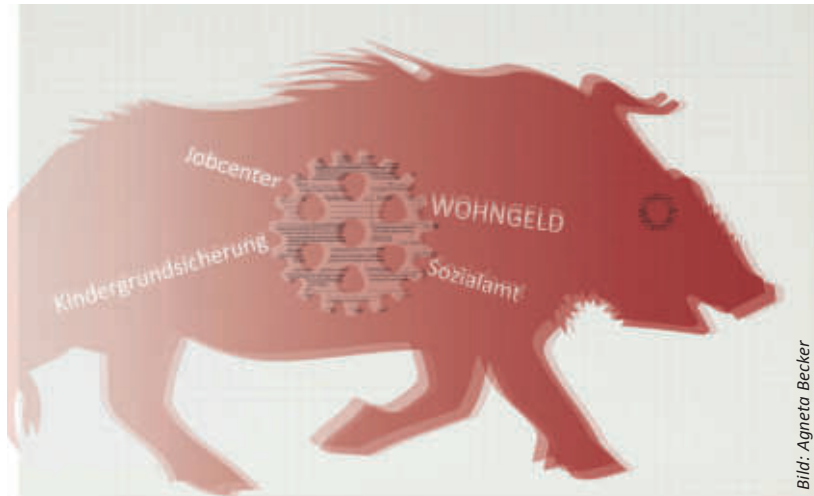


Bild: Agneta Becker

Schwarz-Rot hat also beschlossen, das Kunststück „Hilfen aus einer Hand“ noch einmal aufzuführen. Kindergrundsicherung und Wohngeld sollen aus ihren bisherigen Behörden herausgelöst und in Jobcenter und Sozialämter überführt werden. Das nennt man dann „Bürokratieabbau“. Früher hieß es Aktenverschiebung.

Natürlich klingt es großartig: weniger Anträge, klarere Zuständigkeiten, alles einfacher. Wer wollte da widersprechen? Nur leider besteht die Verwaltung nicht aus PowerPoint-Folien, sondern aus Ämtern mit Eigenleben. Wer glaubt, dass ein Jobcenter freundlicher wird, wenn man ihm noch ein paar zehntausend „Kunden“ zusätzlich aufs Auge drückt, glaubt vermutlich auch, dass Warteschlangen kürzer werden, wenn man die Türen schmaler baut.

Schon heute beantragt etwa jede zweite berechnete Person ihre Leistungen nicht – aus Scham, Angst oder schlichter Erschöpfung im Behörden-dschungel. Und nun sollen genau die Institutionen, vor denen viele zurück-

schrecken, zur zentralen Anlaufstelle für alles werden. Der Kunde ist König? Im Jobcenter ist er eher Bittsteller mit Termin.

Natürlich wird das alles unter dem Siegel des „Bürokratieabbaus“ verkauft. Aber wenn unterschiedliche Freibeträge und Maßstäbe vereinheitlicht werden, wird in der Regel nicht nach oben angeglichen. Es wird gehobelt. Und wie wir wissen, fallen Späne. Die Späne heißen in diesem Fall: gekürzte Leistungen. Fünf Milliarden Euro Einsparung hat der Kanzler schon mal in den Raum gestellt. Merkwürdig – Reformen, die nichts kosten, werden selten so präzise beziffert.

Ein Déjà-vu stellt sich ein. Auch bei Hartz IV versprach man „Hilfen aus einer Hand“. Kurz darauf mussten neue Leistungen erfunden werden, weil die Kinderarmut wuchs und die Realität nicht ins Sparmodell passte. Die Regelsätze waren so knapp gerechnet, dass selbst ihr Namensgeber sich später schämte. Und aus den versprochenen Einsparungen wurden Mehrausgaben – sehr zur Verwunderung mancher Ab-

geordneter, die Sozialberater fragten, wie das denn passieren konnte.

Geschichte wiederholt sich nicht – aber sie reimt sich. Und wenn es um Sozialpolitik geht, klingt der Reim oft nach „Sparen“. Am Ende wird man vermutlich feststellen, dass Bürokratie nicht verschwindet, sondern nur den Schreibtisch wechselt. Und dass Armut sich nicht dadurch beseitigen lässt, dass man ihre Verwaltung neu sortiert.

**>> Armut lässt sich nicht dadurch beseitigen, dass man ihre Verwaltung neu sortiert <<**

Arbeitsministerin Bas kann schon mal die Nerven stärken. Denn die nächste Sau wird durchs Dorf getrieben, mal heißt sie Rente einsparen, und mal „Zahnarzt selber zahlen“ und mal: Arbeiten bis zum Umfallen, Teilzeitarbeit ist böse und acht Stunden am Tag ist nicht genug. Nicht Bange machen lassen! ■

# Schalmeienklänge und Hip-Hop-Beats aus dem Saaletal

Das Rudolstadt-Festival bleibt sich treu und strahlt auch im 33. Jahr

Von Norbert Attermeyer

**Wer an einem Samstagmorgen Anfang Juli über die Saale-Brücke zum Heine Park schlendert, kann einen ganz besonderen Klang wahrnehmen: Eine dezente Mischung aus Flöte, Geige, Akkordeon, Trompete, Trommeln, Gesang, Gitarren und vielem mehr. Eine magische „wall of sound“. Und selbst mit geschlossenen Augen wüsste man: Wunderbar! Ich bin in Rudolstadt.**

Seit 1991 - kurz nach dem Mauerfall - öffnet sich die Stadt jeweils am ersten Juli-Wochenende für Musik aus der ganzen Welt. Es wäre müßig hier die endlose Reihe von KünstlerInnen aufzuführen, die seitdem die Bühnen von Rudolstadt erklimmen haben. Denn die Besonder-

heit des Festivals ist, dass es immer sehr viele sind. Schließlich findet das ganze Ereignis auf bis zu 30 parallel bespielten Bühnen statt. Das Publikum, das Jahr für Jahr in die überschaubare, ehemalige Residenzstadt strömt, weiß das. Dementsprechend laufen viele Besucher mit dem aktuellen Programmheft (Achtung: 227 Seiten!) durch die Stadt, oder orientieren sich ganz einfach mit der gut gemachten Festival-App. Wie auch immer jemand das jeweilige Konzert findet, allen gemeinsam ist die Liebe zur Weltmusik. Und damit auch die Liebe zu anderen Klängen und die Neugier auf die Lieder anderer Nationen.

## Eine friedliche Gemeinschaft von „Weltbürgern“ mit Respekt voreinander

Aus dieser Melange heraus entsteht an den vier Festivaltagen dann auch tatsächlich eine friedliche Gemeinschaft von „Weltbürgern“ mit Respekt voreinander und freundlichem Umgang miteinander. Im vergangenen Jahr wurden, verteilt über die vier Festivaltage von Donnerstag bis Sonntag, 90.000 Besucher gezählt. Rudolstadt selbst hat nur 25.000 Einwohner. Trotzdem geht das Festival Jahr für Jahr erstaunlich gelassen und friedlich über die Bühne. Wer es nicht erlebt hat, kann es nicht verstehen und sollte einen Besuch in Erwägung ziehen.

*Ruhe vor dem Besucheransturm  
Fotos: (ug)*



Wie in jedem Jahr legte sich das Festival-Team auch im Jahr 2025 auf einen musikalischen Länderschwerpunkt fest. Diesmal war es **Mali**. In Mali selbst war die Benennung als Länderschwerpunkt ein ganz besonderes Ereignis, und fand einen großen Widerhall in den dortigen Medien. Entsprechend wurden die musikalischen Auftritte auch journalistisch begleitet.

In Rudolstadt gab es zusätzlich eine Ausstellung über Mali, bei der man erfahren konnte, dass Mali beispielsweise Hauptumschlagplatz für farbenfrohe Damast Stoffe in Afrika ist. Das Ausgangsmaterial hierfür stammt aus Deutschland und Österreich. Für die durchschnittlichen Festival-Besucher war Mali eine eher unbekannte musikalische Größe. Gut, in Mali liegen die Wurzeln des Blues und Salif Keita war schon einmal in Rudolstadt aufgetreten. Aber sonst?

## Die angesagten Stars aus Mali waren da

Dass Mali ein Vielvölkerstaat ist und sehr unterschiedliche Musikstile hat, das konnte man dann in Rudolstadt erleben. Etwa durch den Auftritt von **Al Bilali Soudan**, einer Tuareg-Gruppe aus dem Norden Malis. Schnelle, tranceartige Musik gespielt auf der N'goni, einem gitarrenähnlichen Instrument versetzte die Zuhörer\*innen



atmosphärisch direkt in die Wüste. Weil das Wetter noch dazu passte, war alles perfekt.

Aber natürlich waren auch die zurzeit angesagten Stars aus Mali vertreten: Etwa **Vieux Farka Toure** oder **Baba Sissoko und Mediterranean Blues** mit ihren umjubelten Auftritten. Ein besonderes Highlight war das Konzert von **Le Mali 70 Earkestra**. Hier handelt es sich um eine Gruppe von Musikern (zwölf Bläser plus Bass und Schlagzeug) aus Berlin, denen es gelungen war Musiker aus den 70iger Jahren auf die Bühne zu holen, die seinerzeit prägend waren für den neuen Sound aus Mali. Manche Musiker von damals konnten, da inzwischen verstorben, nur per Musikvideo auf Großbildleinwand in das aktuelle Konzert eingefügt werden. Ein Unterfangen, das viel Präzision der aufführenden Musiker verlangte und tatsächlich gelang.

### Das Festival als Gesamtkunstwerk

Aber natürlich hatte das Festival deutlich mehr zu bieten als einen musikalischen Länderschwerpunkt. Großen Zuspruch erhält auch stets das umfangreiche **Strassenmusik-Programm**: Klezmer-Klänge in der Fußgängerzone, Bardengesänge an einem der beschaulichen Brunnen in der Innenstadt, Tango-Musik unter'm Schloss.

Apropos Tango-Musik und weil wir in Rudolstadt sind, und weil dieses Festival eine entsprechende Tradition hat: Es wird viel getanzt. Im Heine-Park gibt es gar ein großes Zelt, in welchem von früh bis spät in die Nacht zum Tanz aufgespielt wird.

Aber es wird nicht nur einfach so getanzt. Hier werden Tänze vorgeführt und eingeübt. Vom Kreistanz bis Salsa alles mit dabei. Es soll sogar



Choiba Chirimia



Al Bilali Soudan



Baba Sissoko und Mediterranean Blues



Niyaz



Open Air Ausstellung:  
„Jeunesse Malienne“ –  
Malische Jugend:  
Fotos von Anna N'daye  
und Collagen von  
Yaye Habibatu



Chicken Wire Empire



Kids with Buns



Maxjoseph

Und zwischen  
den Konzerten:  
Straßenmusik über-  
all in der Stadt, oder  
vielleicht ein Work-  
shop im Tanzzelt?

Fotos: (ug)



Besucher\*innen geben, die während  
des Festivals das Tanzzelt nur sehr sel-  
ten verlassen.

Ein ganz besonderes Ereignis war das  
Konzert des 90 jährigen Pianisten **Ab-  
dullah Ibrahim** aus Südafrika. Es war  
ein stiller Auftritt, bei dem das Publi-  
kum im übervollen Innenhof der Hei-  
decksburg gebannt den anrührenden  
Ausführungen Ibrahims folgte um ihn  
schließlich frenetisch zu bejubeln.

Besonders war auch der Auftritt von  
**Chicken Wire Empire** aus Wisconsin

USA. Sie entfachten einen regelrech-  
ten Blugrass-Tornado spätabends auf  
der Marktbühne und verstanden es,  
das Publikum mitzunehmen. Oder die  
**Heavy Beat Brass Band**, die mit Tuba  
und Trompeten zur Party bliesen und  
den Mardi-Grass direkt von New Or-  
leans nach Rudolstadt holten.

Neben der ausgefeilten Musikmi-  
schung zählt aber auch das ganze Drum-  
herum: Etwa die Instrumentenbauer-  
gasse, die handbemalten Fähnchen  
und Wimpel überall, die in jedem Jahr  
neue geschaffene Bühnendeko, plötz-



lich auftauchende Stelzenläufer\*innen  
oder Trommler: Das Festival ist ein Ge-  
samtkunstwerk. Wer sich was Gutes  
tun will, sollte über einen Realitätstest  
nachdenken. ■

## VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

3., erweiterte Auflage



Doris Bühler-Niederberger /  
Manfred Liebel (Hrsg.)  
**Palästinensische Kindheit  
und Jugend**  
Aufwachsen in Konstellationen  
von Ausgrenzung und Gewalt  
2025 – 355 Seiten – 30,00 €  
Print-ISBN 978-3-89691-142-1  
auch Open Access



Manuela Bojadžijev  
**Die windige Internationale**  
Rassismus und Kämpfe der  
Migration  
3., um ein Vorwort erweiterte Auflage  
2025 – 320 Seiten – 30,00 €  
Print-ISBN 978-3-89691-667-9  
Für Bibliotheken auch als  
EBook-Campuslizenz zu bestellen:  
eISBN 978-3-98634-148-0



Cindy Hader  
**Kein ruhiges Hinterland**  
Solidarität und Migration in  
Mecklenburg-Vorpommern  
2025 – 301 Seiten – 30,00 €  
ISBN 978-3-89691-147-6  
auch Open Access

# Digital nicht abhängen

In Münster ist der Digitalbus unterwegs

Von Regina Ioffe

**In Münster gibt es ein unterstützendes Angebot rund ums Smartphone und um den mobilen Internetzugang. Für Menschen, die ohne festen Wohnsitz sind.**

In der Nähe vom Hauptbahnhof saß ein wohnungsloser Mann und hörte Musik auf seinem Smartphone. Sein Gesicht strahlte vor Glück, er sang leise zur Melodie mit. Das Smartphone ist sein Eigentum, sein Vermögen, seine Welt.

Mobiles Internet und Handys spielen eine enorme Rolle in der modernen Welt. Niemand sollte digital abhängen. Die Anzahl der Wohnungslosen in Münster steigt, was man mit dem drastischen Mangel an bezahlbarem Wohnraum und steigenden Mieten erklären kann. Um die schwierige Lage womöglich erträglicher zu machen, ist bei der Arbeitsgemeinschaft Betriebssozialarbeit (AG BSA e.V.) das Angebot „Digitale Beratung für Wohnungslose Menschen in Münster“ entstanden, dessen Ansprechpartner für technische Fragen Herr Andre Bücher ist.

Regina Ioffe von der Sperre Redaktion stellte der Fachbereichsleitung, Frau Dr. Daniela Handke (AG BSA e.V.) Fragen zum Projekt.

■ **Sperre:** Seit wann existiert ihr Projekt in Münster?

**Dr. Daniela Handke:** Das Projekt läuft seit dem Frühjahr 2025 in Münster. Nach ein paar Anlaufschwierigkeiten rund um die Standorte des Digitalbusses ist dieser nun seit dem Sommer im regelmäßigen Einsatz, wobei wir auch noch immer damit beschäftigt sind, „die Werbetrommel“ zu rühren und nach alternativen Stellplätzen zu suchen, da beispielsweise der Stellplatz an der Überwasserkirche ab Mitte November bis Ende Dezember aufgrund des Weihnachtsmarktes nicht genutzt werden konnte.



■ *Ist ihr Projekt einzigartig auf diesem Gebiet oder gibt es ähnliche Projekte von anderen Trägern wie Bahnhofsmision, Caritas, Diakonie? Welche Besonderheiten gibt es bei Ihrem Projekt?*

Es ist in Münster auch in anderen Einrichtungen möglich, Fragen rund um Digitalisierung zu stellen. Da die Nachfragen aber zunehmen und viele Einrichtungen es zeitlich nur bedingt leisten können, Hilfestellungen oder auch ausführlichere Erklärungen zu geben – häufig fehlt dafür auch das Hintergrundwissen –, haben wir mit der Förderung der Sozialstiftung NRW dieses Angebot etabliert. Einzigartig an unserem Projekt ist der aufsuchende Charakter. Durch den voll ausgestatteten Digitalbus, der Schutz vor Wind und Regen bietet, können wir die Menschen an ihren etablierten Treffpunkten in Münster aufsuchen.

■ *In Münster leben schätzungsweise 100 Menschen dauerhaft auf der Straße. Zu Wohnungslosen zählen auch 2320 Personen, die in städtischen Belegwohnungen, Übergangseinrichtungen für Familien und Einzelpersonen oder in Flüchtlingsunterkünften untergebracht sind. Gehören sie alle zu ihren potenziellen Kunden oder eher nur Menschen, die auf der Straße leben?*

Zu unserer Zielgruppe zählen all die oben benannten Personen. Es sollen sich nicht nur Menschen angesprochen fühlen, die dauerhaft auf der Straße leben, sondern auch diejenigen, die keinen eigenen Wohnraum haben und in Einrichtungen untergebracht sind. Noch breiter gefasst heißt es in der Beschreibung des Angebotes sogar, dass es sich auch an Menschen richtet, die vielleicht in der eigenen Wohnung leben, jedoch ihren Lebens-

mittelpunkt auf der Straße haben. Da sich unser Angebot als sehr niedrigschwellig versteht, überprüfen wir auch nicht, ob die Rat Suchenden tatsächlich zur oben beschriebenen Zielgruppe gehören. Jeder, der ein Anliegen digitaler Art hat, wird auch beraten.

- *Dreimal die Woche für jeweils drei Stunden bieten sie an verschiedenen Standorten in Münster ihre Hilfe für wohnungslose Menschen, ohne Anmeldung und ganz anonym. Wie sieht ihr typischer Arbeitstag aus? Gibt es Kunden mit Migrationshintergrund? Erfolgt die Beratung auf Deutsch oder auch in anderen Sprachen?*

Die Quote der Inanspruchnahme ist je nach Termin sehr unterschiedlich und hängt auch sehr stark vom Wetter ab. Grundsätzlich haben wir festgestellt, dass es gerade in der Anfangsphase bzw. um das Angebot bekannt zu machen, sinnvoll ist, mit einem anderen Angebot zu kooperieren wie etwa mit dem Angebot des Duschbusses des Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) oder auch unserem eigenen Angebot, welches wir in Kooperation mit dem Quartiersmanagement Stadtraum Hauptbahnhof/Bremer Platz sowie der mobilen Sozialarbeit des Sozialamtes durchführen und bei dem Zugehörige der sogenannten Szene sich durch die Reinigung ihrer Fläche einen Tageslohn verdienen können. Durch diese Kooperationen wird nochmal eine größere Gruppe erreicht.

Wir haben dabei die Erfahrung gemacht, dass bei der Zielgruppe viel auch über die positiven Erfahrungen anderer Institutionen läuft. Zum Beispiel durch die Zusammenarbeit der Fachkräfte in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. So kommen Menschen mit verschiedenen Anliegen zu uns. Diese reichen von einfachen Reparaturarbeiten und der Online-Buchung von Terminen über das Herunterladen und Einrichten von Apps bis hin zu konkreten Hilfestellungen bei der Bearbeitung und Versendung von Dokumenten.

Zu Ihrer Frage nach unseren Sprachangeboten: Bisher erfolgte die Beratung vornehmlich auf Deutsch - Englisch wäre aber auch möglich. Zudem



>> Es sollen sich nicht nur Menschen angesprochen fühlen, die dauerhaft auf der Straße leben, sondern auch diejenigen, die keinen eigenen Wohnraum haben und in Einrichtungen untergebracht sind. <<

(Frau Dr. Daniela Handke,  
Fachbereichsleitung AG BSA e.V.)

nutzen wir Übersetzungstools, so dass auch Beratungen in anderen Sprachen grundsätzlich durchführbar sind.

- *Sie haben ein breites Angebot beginnend von Aufladen der Telefone und Bereitstellung eines WLAN Hot Spots über die Aktivierung einer neuen SIM-Karte bis zur Beantwortung von Fragen rund um die Nutzung von Handy und Internet. Welche Anfragen sind besonders häufig?*

Im Allgemeinen stellen wir fest, dass an jedem Standort der WLAN Hot Spot eifrig genutzt wird. Außerdem gibt es aktuell häufiger Anfragen bezüglich Sim-Karten Aktivierungen, da hierfür meist eine Identifikation des Nutzers via Videocall erforderlich ist. Dann „helfen“ in unserem Beratungsbus die verfügbaren Laptops.

- *Leisten Sie Hilfe bei Online-Kontakten mit Behörden wie Jobcenter Münster oder Sozialamt? Helfen Sie bei der Anmeldung zu Ärzten?*

Ja, dies bieten wir auch an, wurde bisher allerdings noch nicht angefragt.

- *Stimmt es, dass so ein Projekt nicht nur eine technische Hilfestellung ist, sondern auch eine Beziehungsarbeit – Wertschätzung, Anerkennung, Teilnahme?*

Ja, definitiv. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass viele Menschen sich freuen, einfach auch mal reden zu können und jemanden zu haben, der zuhört. Oftmals ergibt sich über das eigentliche (digitale) Anliegen auch die Gelegenheit zu einem ausführlicheren Gespräch. Wichtig ist uns dabei aber zu betonen, dass wir keine Sozialberatungen leisten. Unabhängig davon, dass es in Münster bereits Institutionen für die verschiedensten Anliegen gibt, war es uns im Sinne der Niedrigschwelligkeit der Inanspruchnahme der Digitalberatungen wichtig, die beide Aspekte zu trennen. Sollte ein entsprechender Bedarf von einem Kunden oder einer Kundin geäußert werden, vermittelt unser Digitalberater aber selbstverständlich an eine passende Stelle weiter.

Und natürlich intendiert das Projekt nicht nur eine technische Hilfestellung, sondern zielt dadurch darauf ab, die individuellen gesellschaftlichen Teilhabechancen der zu Beratenden zu erhöhen. Die Nutzung digitaler Medien ist in unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Unser Angebot soll einen Betrag dazu leisten, dass Menschen, deren Zugang aufgrund fehlender Ressourcen erschwert ist, diese in einem möglichst hohen Maße für sich nutzen können. Wir würden uns freuen, wenn das Angebot noch bekannter würde und durch noch mehr Menschen genutzt würde. ■

### **Beratungszeiten**

**Dienstags** von 10:30 bis 13:30 Uhr am Bremer Platz hinter dem Hauptbahnhof

**Mittwochs** von 10:30 bis 13:30 Uhr am Busparkplatz Hafenstraße/Friedrich-Ebert-Straße gegenüber dem HuK Gebäude

**Donnerstags** von 10:30 bis 13:30 Uhr an der Liebfrauen-Überwasserkirche

## Begegnungszentrum Kinderhaus e.V.



## Unser Begegnungszentrum in Kinderhaus

- **Begegnungszentrum** am Sprickmannplatz 7 als Treff- und Ausgangspunkt für viele Gruppen und Initiativen.
- **Jugendsalon** am Platz als offener Treffpunkt für die jungen Menschen.
- **Büro** Killingstraße 15 als Ort für Beratung, Organisation und Koordination.

**Aktuell bieten wir Arbeitsgelegenheiten mit verschiedenen Einsatzmöglichkeiten im Innen- und Außenbereich an.**

**Ihr erster Schritt zurück in die Arbeitswelt.**

**Seit 2024 als sogenannter Zwei Euro Job.**

**Melden Sie sich gerne bei uns!**

So erreichen Sie uns:  
Email: [stadtteilarbeit@bgz-kinderhaus.de](mailto:stadtteilarbeit@bgz-kinderhaus.de)  
Telefon: 0251 390 96 96 / 0251 216 958  
Persönlich: Killingstraße 15

Unser Auftritt im Internet:  
[www.bgz-kinderhaus.de](http://www.bgz-kinderhaus.de)  
[facebook.com/BGZSprickmann](https://facebook.com/BGZSprickmann)



## Ombuds- und Schlichtungsstelle

Unabhängige Beschwerde- und Schlichtungsstelle für Leistungsberechtigte des Jobcenters Münster

- kostenlos, neutral und vertraulich -



Foto: Stadt Münster/Meike Reiners

### Die Ombudsstelle

Die Ombudspersonen klären mit Ihnen die Situation und zeigen Ihnen mögliche Handlungsoptionen auf.

Die Ombudspersonen beraten Sie, welche rechtlichen Mittel Ihnen offenstehen.

Die Beratung der Ombudsstelle ersetzt nicht den Rechtsweg.

### Die Schlichtungsstelle

Ein Schlichtungsverfahren gemäß § 15a SGB II soll stattfinden, wenn es nicht gelingt, einen Kooperationsplan zur Verbesserung der beruflichen (Wieder-)Eingliederung zu erstellen.

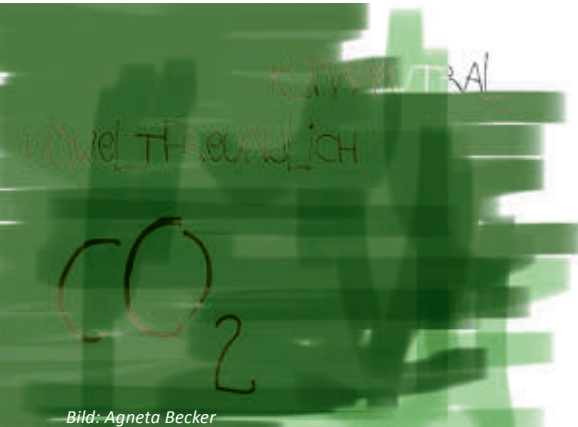
Das Schlichtungsverfahren kann von den Leistungsberechtigten des Jobcenters, von den Mitarbeitenden des Jobcenters oder von beiden eingeleitet werden.

**Vereinbaren Sie gerne telefonisch oder per E-Mail einen Termin.**

### Kontaktdaten:

Tel. 02 51/4 92-70 69 | [Ombudsstelle@stadt-muenster.de](mailto:Ombudsstelle@stadt-muenster.de) | [Schlichtungsstelle@stadt-muenster.de](mailto:Schlichtungsstelle@stadt-muenster.de)  
Stadthaus 1 | Klemensstraße 10 | 48143 Münster | Zimmer 1.029

# Kurznachrichten & Urteile



## Verbraucher

### Härteres Vorgehen gegen Greenwashing

Um irreführende Umweltwerbung zu verhindern, verschärft die EU die Regeln für Nachhaltigkeitsversprechen. Aussagen wie „klimaneutral“, „umweltfreundlich“ oder „CO<sub>2</sub>-neutral“ dürfen künftig nur noch verwendet werden, wenn sie eindeutig belegt sind. Unternehmen müssen entsprechende Nachweise erbringen, etwa durch überprüfbare Klimabilanzen.

Die neue Regelung tritt am 27. September 2026 in Kraft und soll Verbraucherinnen und Verbrauchern verlässliche Orientierung beim nachhaltigen Einkauf bieten.

### Mehr Schutz bei Online-Abos durch verpflichtenden Widerrufs-Button

Verbraucherinnen und Verbraucher sollen sich künftig einfacher aus online abgeschlossenen Verträgen lösen können. Anbieter von Abonnements müssen verpflichtend einen gut sichtbaren Widerrufs-Button einbauen, über den Verträge mit nur einem Klick beendet werden können. Damit reagiert die EU auf sogenannte „Abo-Fallen“, bei denen der Vertragsabschluss leicht, die Kündigung aber kompliziert ist. Die Regelung betrifft insbesondere Streamingdienste, Fitness-Abos oder Online-Portale. Deutschland

muss die entsprechende EU-Vorgabe spätestens bis März 2026 in nationales Recht umsetzen. Ziel ist es, Transparenz zu erhöhen und ungewollte Vertragsbindungen zu vermeiden.

### Recht auf Reparatur stärkt nachhaltigen Konsum

Künftig erhalten Verbraucher für bestimmte Elektrogeräte ein gesetzlich verankertes Recht auf Reparatur – auch nach Ablauf der Gewährleistungsfrist. Hersteller und Importeure müssen für Geräte wie Waschmaschinen, Kühlschränke oder Geschirrspüler Reparaturen über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren anbieten. Die Kosten tragen zwar die Käufer, sollen aber „angemessen“ bleiben. Die Maßnahme ist Teil der EU-Ökodesign-Strategie und soll Elektroschrott reduzieren sowie die Lebensdauer von Produkten verlängern. Deutschland muss die Regelung bis spätestens Juli 2026 umsetzen.

### Online-Shopping bei Nicht-EU-Anbietern wird teurer

Bestellungen bei günstigen Online-Händlern außerhalb der EU wie Temu oder Shein werden ab Juli 2026 kostenintensiver. Auch für Waren unter 150 Euro fällt künftig eine pauschale Abgabe von drei Euro an, die bislang zollfrei waren. Ziel der Maßnahme ist es, Wettbewerbsverzerrungen gegenüber europäischen Händlern zu reduzieren und den Zollaufwand zu finanzieren. Für Verbraucher bedeutet das höhere Endpreise und möglicherweise längere Lieferzeiten.

### Neue Regeln für „Buy now, pay later“-Angebote

Kurzfristige Zahlungsaufschübe beim Online-Shopping unterliegen künftig strengen Vorschriften. „Buy now, pay later“-Modelle werden als Verbraucherkredite eingestuft, sodass Anbieter die Kreditwürdigkeit der Kunden prüfen müssen. Damit will die EU Überschuldung verhindern, insbesondere bei jungen Menschen. Die neuen Regeln bringen mehr Transparenz, können aber auch dazu führen, dass spontane Ratenkäufe schwieriger werden.

## Arbeit & Soziales

### Mindestlohn vs. Bürgergeld

Wer in Vollzeit zum Mindestlohn arbeitet, hat laut einer WSI-Studie in allen Regionen und Haushaltsformen mehr Geld zur Verfügung als Personen mit Bürgergeld. Alleinstehende haben im Schnitt 557 Euro monatlich mehr, Alleinerziehende mit einem Kind 749 Euro, Paare mit zwei



Foto: Agneta Becker

Die Studie des WSI widerspricht der Behauptung, Bürgergeld sei so hoch, dass sich Arbeit nicht lohne

Kindern 660 Euro. Regional fällt der Abstand unterschiedlich aus und ist in Hochmietenstädten geringer. Ursache für den durchgehend bestehenden Einkommensvorteil sind auch ergänzende Sozialleistungen wie Wohngeld oder Kinderzuschlag.

Die Studie widerspricht damit der Behauptung, Bürgergeld sei so hoch, dass sich Arbeit nicht lohne, und verweist stattdessen auf den Mangel an bezahlbarem Wohnraum als zentrales Problem. (siehe auch *Sperre* Artikel, Seite 14f. der Winterausgabe 2025)

### Mindestlohn

Der gesetzliche Mindestlohn wurde zum 1. Januar 2026 deutlich angehoben. Er steigt von 12,82 Euro auf 13,90 Euro brutto pro Stunde. Davon profitieren laut Bundesregierung bis zu 6,6 Millionen Beschäftigte. Auch zahlreiche Branchenmindestlöhne, etwa im Bau- und Handwerksbereich, steigen. Bereits beschlossen ist zudem eine weitere Erhöhung ab 2027. Ziel ist es, Kaufkraft zu sichern und Erwerbsarmut zu reduzieren.

### Höhere Verdienstgrenze für Minijobs

Mit dem steigenden Mindestlohn wächst auch die monatliche Verdienstgrenze für Minijobber. Sie liegt ab 2026 bei 603 Euro statt bisher 556 Euro. Damit soll verhindert werden, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit reduzieren müssen, um unter der Minijob-Grenze zu bleiben. Weiterhin sind rund zehn Arbeitsstunden pro Woche möglich.

### Minijob: Befreiung von Abgaben zur Rentenversicherung widerrufbar

Voraussichtlich ab 1. Juli 2026 können Minijobber eine vorgenommene Befreiung von der Rentenversicherungspflicht einmalig wieder rückgängig machen. Die Aufhebung wirkt nur für die Zukunft und muss beim Arbeitgeber beantragt werden.

Bei mehreren Minijobs ist sie nur einheitlich möglich. Eine erneute Befreiung ist danach ausgeschlossen. Wer weitere Rentenzeiten braucht, kann sie mit Beiträgen aus dem Minijob erwerben.

### Aufwandsentschädigung steuerfrei und anrechnungsfrei

Die sogenannte Übungsleiterpauschale steigt zum Jahresbeginn 2026 auf 3300 Euro im Jahr, bisher waren das 3000 Euro. Wer gemeinnützige Tätigkeiten im künstlerischen, betreuenden oder anleitenden Bereich ausübt und dafür eine Aufwandsentschädigung erhält, braucht sie bis zu



- |                                                                              |                                                                          |                                                                    |
|------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------|
| <br><b>Individuell</b><br>Überzeugende Lösungen in der persönlichen Beratung | <br><b>Komfortabel</b><br>Ihre Druckdaten in der Online-Vorschau erleben | <br><b>Begeistert</b><br>in Qualität, Lieferung und Freundlichkeit |
|------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------|

Jetzt online drucken: [www.viaprinto.de](http://www.viaprinto.de)

# Kurznachrichten & Urteile

Foto: Agneta Becker



Über das Bildungs- und Teilhabepaket können Familien 15 Euro monatlich für Bildungs-, Freizeit- oder Kulturangebote (pro Kind) beantragen – Foto: Agneta Becker

dieser Summe nicht versteuern. Auch Sozialleistungen rechnen bis zu dieser Summe nichts an, also etwa das Arbeitslosengeld, das Bürgergeld, die Grundsicherung, die Sozialhilfe und so weiter.

Für andere ehrenamtliche Tätigkeiten im gemeinnützigen Bereich, etwa Hausmeisterei oder Kassenführung, steigt diese steuerfreie, anrechnungsfreie Grenze von 840 auf 960 Euro.

## Azubis erhalten höhere Mindestvergütungen

Für Auszubildende steigen 2026 die gesetzlichen Mindestvergütungen deutlich. Neue Ausbildungsverhältnisse beginnen mit mindestens 724 Euro monatlich im ersten Lehrjahr. In den folgenden Jahren erhöht sich die Vergütung stufenweise. Ziel ist es, die Attraktivität der dualen Ausbildung zu stärken. Tarifverträge haben jedoch weiterhin Vorrang – auch wenn sie niedrigere Beträge vorsehen.

## Bürgergeld wird durch strengere Grundsicherung ersetzt

Das Bürgergeld soll 2026 abgeschafft und durch eine neu ausgestaltete Grundsicherung ersetzt werden. Neben der Umbenennung sind strengere Regeln vorgesehen, etwa härtere Sanktionen bei Pflichtverletzungen oder versäumten Terminen. Auch das Schonvermögen wird

begrenzt und altersabhängig gestaltet. Die Reform betrifft rund 5,5 Millionen Leistungsbeziehende und soll stärker auf Arbeitsaufnahme ausgerichtet sein.

## Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung startet

Ab August 2026 haben Erstklässler einen gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Der Ausbau erfolgt schrittweise, sodass bis zum Schuljahr 2029/30 alle Grundschulkindern einbezogen werden sollen. Die Bundesregierung will damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

## Mehr Transparenz bei Gehältern

Deutschland setzt 2026 die EU-Richtlinie zur Entgelttransparenz um. Arbeitgeber müssen künftig bereits in Stellenanzeigen



oder spätestens vor dem Bewerbungsgespräch Gehaltsspannen nennen. Beschäftigte erhalten zudem ein erweitertes Auskunftsrecht über durchschnittliche Vergütungen. Ziel ist es, Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern zu fördern.

## Familie & Steuern

### Bildung und Teilhabe

Kinder und Jugendliche aus Haushalten mit Bürgergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag oder Sozialhilfe können über das Bildungs- und Teilhabepaket monatlich 15 Euro für Sport-, Freizeit- oder Kulturangebote erhalten. Die Mittel können angespart oder auch für zukünftige Zeiträume genutzt werden, etwa für Ferienfreizeiten oder Schwimmkurse. So lassen sich bis zu 180 Euro pro Jahr ausschöpfen – bereits ab Geburt des Kindes. Anträge sind beim Jobcenter, der Familienkasse oder dem Sozialamt möglich.

### Kindergeld und Freibeträge steigen

Das Kindergeld erhöht sich auf 259 Euro pro Kind und Monat. Gleichzeitig steigt der Kinderfreibetrag auf 9.756 Euro. Das Finanzamt prüft automatisch, welche Variante für Eltern günstiger ist. Besonders Haushalte mit höherem Einkommen profitieren oft stärker vom Freibetrag.



## Grundfreibetrag und Steuertarif angepasst

Der steuerliche Grundfreibetrag steigt 2026 auf 12.348 Euro. Erst darüber hinaus fällt Einkommensteuer an. Auch die Einkommensgrenzen für den Spitzensteuersatz werden angehoben, der Steuersatz selbst bleibt bei 42 Prozent.

### Pfändungsfreigrenzen werden erhöht

Zum 1. Juli 2026 steigen die gesetzlichen Pfändungsfreigrenzen. Sie sichern verschuldeten Personen ein höheres Existenzminimum und berücksichtigen Unterhaltspflichten stärker. Die Anpassung erfolgt künftig jährlich.

### Rente & Altersvorsorge

#### Renten steigen voraussichtlich deutlich

Zum 1. Juli 2026 ist eine Rentenerhöhung von rund 3,7 Prozent vorgesehen. Die endgültige Höhe hängt von Lohnentwicklung und Konjunktur ab und wird erst im Frühjahr festgelegt.

#### Aktivrente erleichtert Weiterarbeiten im Alter

Wer über die Regelaltersgrenze hinaus arbeitet, darf ab 2026 bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei hinzuverdienen. Die Regelung soll Anreize schaffen, länger im Berufsleben zu bleiben.

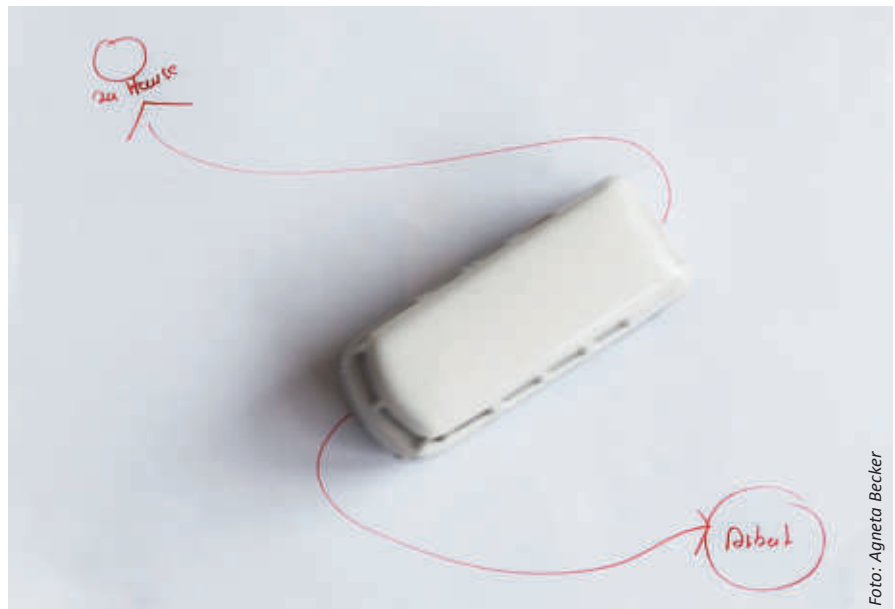


Foto: Agneta Becker

#### Neue Altersvorsorge-Modelle geplant

Die Riester-Rente soll durch ein einfacheres, kostengünstiges Vorsorgedepot ersetzt werden. Zusätzlich ist die sogenannte Frühstart-Rente für Kinder geplant, bei der der Staat monatlich zehn Euro einahlt. Die Einführung ist politisch noch nicht abgeschlossen.

### Verkehr & Mobilität

#### Pendler werden steuerlich stärker entlastet

Die Pendlerpauschale steigt ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent – unabhängig vom Verkehrsmittel. Damit werden auch Fahrrad- und Bahnpendler stärker berücksichtigt.

## Beratung zum digitalen Zugang für wohnungslose Menschen

- > Du hast Probleme mit deinem Smartphone?
- > Du benötigst Hilfe bei der Einrichtung und Nutzung eines Online-Zugangs (z.B. E-Mail)?
- > Du brauchst Ausdrucke/Kopien deiner wichtigen Dokumente?
- > Du suchst nach einer Möglichkeit dein(e) Smartphone/Powerbank wieder aufzuladen?





- ✓ Finde Dich gerne zu einer Beratung oder Problemlösung bezüglich deines Smartphones an unserem Beratungs-Bus ein.
- ✓ Freie Nutzung des Online Hotspots für deine persönlichen Bedürfnisse.
- ✓ Lasse deine wichtigen Dokumente vor Ort ausdrucken oder kopieren.
- ✓ Nutze unsere „Akku-Tanke“ um dein Gerät wieder aufzuladen.

Du findest unseren Beratungs-Bus Dienstags von 10:30 - 13:30 Uhr hinter dem Bahnhof, am Bremer Platz

Mittwochs von 10:30 - 13:30 Uhr am Busbahnhof Friedrich-Ebert-Strasse/Hafenstraße gegenüber dem HuK Gebäude sowie

Donnerstags von 10 - 13:30h an der Liebfrauen-Überwasserkirche Überwasserkirchplatz 4



**AGBSA e.V.**  
Altenheimwerk Bonn

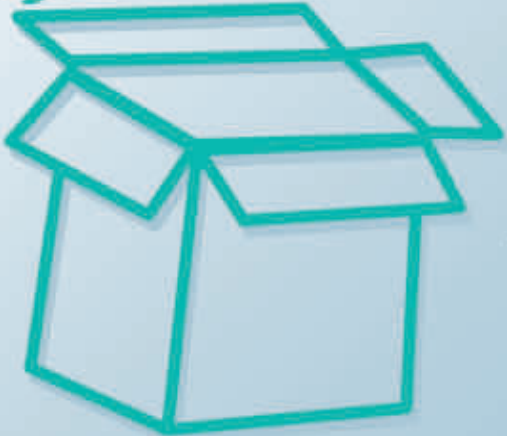


**Kontakt:** André Buecher  
0151/29671129  
buecher@agbsa.de



Gefördert durch die  
Sozialstiftung NRW





www.chance-muenster.de

## Haus und Wohnung

2. Hand-Möbel · Porzellan · Bücher  
Glas-Accessoires · Trödel · u.v.m.

**Möbel-Trödel** Friedrich-Ebert-Str. 7/15, Tel.: 62088-10

Mo. - Fr.: 9.00 - 19.00 Uhr, Sa. geschlossen

# Kurznachrichten & Urteile



Foto: Agneta Becker

## Deutschlandticket kostet jetzt 63 Euro

Das bundesweite ÖPNV-Ticket wird erneut teurer. Ab Januar 2026 ist der Preis auf 63 Euro monatlich gestiegen. Ursache sind ungelöste Finanzierungsfragen zwischen Bund und Ländern.

## CO<sub>2</sub>-Preis verteuert Tanken

Der CO<sub>2</sub>-Preis wird ab 2026 über Zertifikate bestimmt und kann bis zu 65 Euro pro Tonne betragen. Das kann Benzin und Diesel um mehrere Cent pro Liter verteuern.

## Neue Regeln bei Kfz-Steuer und Versicherungen

Die Kfz-Steuer muss künftig jährlich vollständig im Voraus gezahlt werden. Gleichzeitig ändern sich die Typklassen bei Kfz-Versicherungen – für viele wird es teurer, für einige günstiger.

## Energie & Wohnen

### Heizen mit Öl und Gas wird teurer

Der steigende CO<sub>2</sub>-Preis wirkt sich auch auf Heizkosten aus. Gaspreise könnten um bis zu 1,55 Cent pro Kilowattstunde steigen, Heizöl um über 20 Cent pro Liter.



Foto: Agneta Becker

### Wegfall der Gasspeicherumlage entlastet Haushalte

Zum Jahresbeginn 2026 entfällt die Gasspeicherumlage. Laut Bundesregierung werden Verbraucher dadurch um rund eine Milliarde Euro entlastet, was auch Strompreise senken könnte.



Foto: Agneta Becker

## Gesundheit & Pflege

### Mehr Leistungen für Familien und Pflegebedürftige

Der erweiterte Kinderkrankengeldanspruch wird verlängert. Pflegekassen erhalten längere Entscheidungsfristen, Pflegefachkräfte dürfen mehr Aufgaben eigenständig übernehmen.

### Krankenkassenbeiträge steigen

Viele Privatversicherte zahlen deutlich höhere Beiträge. Auch gesetzliche Krankenkassen erhöhen teils ihre Zusatzbeiträge – trotz politischer Empfehlungen zur Zurückhaltung.

### Verbot von Lachgas-Verkauf an Jugendliche

Lachgas und bestimmte gefährliche Chemikalien dürfen nicht mehr an Minderjährige verkauft werden. Ziel ist der Schutz von Jugendlichen vor gesundheitlichen Risiken.

### Lungenkrebs-Früherkennung

Voraussichtlich ab April diesen Jahres sollen starke Raucher\*innen (aktive und ehemalige) im Alter von 50 bis 75 Jahren eine Niedrigdosis-CT-Untersuchung zur Früherkennung von Lungenkrebs als kostenlose Kassenleistung in Anspruch nehmen können.

### Strengere Trinkwasserregeln treten in Kraft

Neue Grenzwerte für PFAS im Trinkwasser gelten ab Januar 2026. Zudem müssen alte Bleileitungen ausgetauscht oder stillgelegt werden.

# Urteile

- **Bundesarbeitsgericht (BAG)**
- **Entscheidungen (Arbeitsrecht)**
- **Instanz: höchste Arbeitsgerichtsbarkeit**

## Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten bei Mehrarbeitszuschlägen

Das BAG entschied, dass tarifliche Mehrarbeitszuschläge auch für Teilzeitbeschäftigte gelten müssen und eine starre Grenze bei 41 Stunden wöchentlich diskriminierend ist. Entscheidung veröffentlicht am 27.01.2026. Kernproblem: Kann eine tarifliche Vorschrift, die Mehrarbeitszuschläge erst bei mehr als 40 Wochenstunden vorsieht, mit dem Benachteiligungsverbot für Teilzeitbeschäftigte (§ 4 TzBfG) vereinbar sein?

Leitsatz & Rechtswirkung: Eine tarifliche Grenze für Mehrarbeitszuschläge, die nicht an die individuell vereinbarte Arbeitszeit von Teilzeitkräften anknüpft, kann gegen § 4 Abs. 1 TzBfG verstoßen (Diskriminierungsverbot). Teilzeitbeschäftigten steht ein proportionaler Anspruch auf Mehrarbeitszuschläge zu, wenn sie ihre vertragliche Wochenarbeitszeit relativ zur Vollzeit-Grenze überschreiten. Praxisfolge: Tarifvertragsparteien müssen ihre Zuschlagsregelungen so ausgestalten, dass Teilzeitkräfte nicht schlechter gestellt wer-

den als Vollzeitkräfte – andernfalls droht eine Unwirksamkeit der tariflichen Schwellenregelung und ein Anspruch nach § 612 BGB in Verbindung mit § 4 TzBfG.

5 AZR 155/22

## Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Das BAG bestätigte am 18. Januar erneut den Anspruch auf Lohngleichheit von gleich qualifizierten Arbeitnehmern, die die gleiche Arbeit verrichten. Die Einstufung eines Beschäftigten als Minijobber gibt dem Arbeitgeber kein Recht, ihm einen geringeren Lohn zu bezahlen als für gleich qualifizierte Vollzeitbeschäftigte.

Az.5 AZR 108/22

- **Bundessozialgericht (BSG)**
- **Entscheidungen (Sozialrecht)**
- **Instanz: höchste Sozialgerichtsbarkeit**

## Grundrente: Anrechnung des Ehegatten-Einkommens nicht verfassungswidrig

Der 5. Senat des BSG bestätigte am 27.11.2025, dass bei der Grundrente das zu versteuernde Einkommen des Ehegatten angerechnet werden darf.

B 5 R 9/24 R

## Rentenversicherungspflicht bei Pflegepersonen

Am 11.12.2025 entschied der 10. Senat, dass für nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen (bei bestimmten EU-Regelungen)



Bild: Agneta Becker

keine deutsche Rentenversicherungspflicht besteht. Revision wurde abgewiesen.

B 10/12 R 4/23 R

## Freiwillige Rentenversicherungsbeiträge

Am 05.06.2025 stellte das BSG klar, dass freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht für die Grundrente zählen.

B 5 R 3/24 R

## Rückforderung nur mit abschließender Entscheidung

Das Jobcenter kann insbesondere aufgrund einer selbstständigen Tätigkeit mit

**Antiquitäten**

**Haushaltswaren**

**Rares & Skuriles**

**RÜMPELFIX**  
der Laden

Bremer Str. 42 in Münster

**hfr**  
Zusatz gesellen  
Antiquitäten und Kommoden

info@ruempelfix.de

0251-609460

hfr-muenster.de

## Angst vor'm Amt?

## Nicht mit uns!

**Ämterbegleitung im Malta**

**Tel. 0251/4140553**

## IMPRESSUM

FRÜHJAHR 2026

### Herausgeber

AbM e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)  
Berliner Platz 8 - 48143 Münster  
Telefon: 0251 - 511 121  
Internet: [www.sperre-online.de](http://www.sperre-online.de)  
E-Mail: [info@abm-ev.de](mailto:info@abm-ev.de)

### Redaktion

Peter Andres (pan),  
Norbert Attermeyer (noa),  
Regina Ioffe, Jan Rinke,  
Hans Römer Santaella, Werner Szybalski (ws),  
Christoph Thelgmann (ct, V.i.S.d.P.),  
Arnold Voskamp (avo)

### Mitarbeiter

Heinz Annas, Dirk Schwittkowski

### Gestaltung / Layout

Ulrike Goj (ug)

### Fotos / Illustrationen

Agneta Becker

### Online

[www.sperre-online.de](http://www.sperre-online.de)

### Anzeigen / Spenden

Peter Andres

### Bankverbindung:

Sparkasse Münsterland Ost  
IBAN: DE64 4005 0150 0004 0117 97

### Auflage

5.000 Exemplare

### Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis /  
als Förderabonnement

### Verteilung

**Kostenfrei an Auslagestellen im  
Innenstadtgebiet Münsters**

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch der auszugsweise Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe bitte an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Das Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.

### Nächste Ausgabe

01.06.2026

### Redaktionsschluss

01.05.2026

### Anzeigenschluss

15.05.2026

(Termine unter Vorbehalt)

Mit finanzieller Unterstützung von:



geringen daraus erzielten Einnahmen die Leistungen nach § 41 a SGB II nur vorläufig bewilligen.

Treten dann Umstände ein, die die Finanzlage des bzw. der betroffenen Bezieher\*in von Bürgergeld verbessern, etwa indem jemand zeitweilig einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgeht, so kann das Jobcenter den vorläufigen Bescheid zu Lasten von Betroffenen von sich aus nur durch einen abschließenden Bescheid abändern. Das hat das BSG jetzt eindeutig festgestellt (Urteil vom 16.7. 2025).

Für den Erlass einer abschließenden Entscheidung gelten Fristen. Wenn Betroffene selbst keinen abschließenden Bescheid beantragen, kann das Jobcenter innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Bewilligungszeitraums dies tun. Versäumt es das aber innerhalb dieser Jahresfrist, gelten die vorläufig bewilligten Leistungen als abschließend festgesetzt (so § 41 a Abs. 5 SGB II).

Az. B 7 AS 19/ 24 R

### Bürgergeldempfänger müssen selbst günstigeren Wohnraum suchen

Jobcenter sind nach einem Urteil des Bundessozialgerichts nicht verpflichtet, Bürgergeldempfängern günstigere Wohnungen zu suchen.

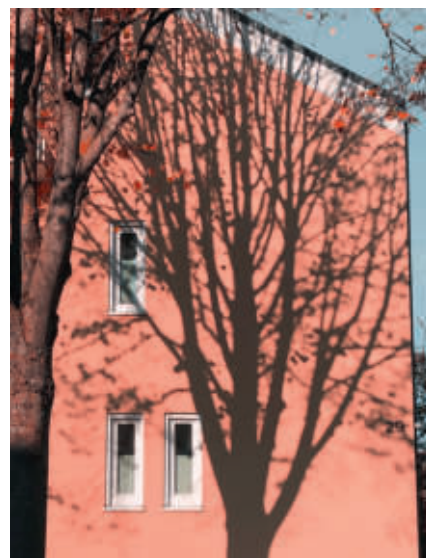


Foto: Agneta Becker

Ein Mann aus Berlin hatte geklagt, weil die Arbeitsvermittler ihn seiner Ansicht nach nicht ausreichend bei der Suche nach einer günstigeren Wohnung unterstützt hätten. Das Amt hätte ihn zum Umzug in eine günstigere Unterkunft aufgefordert, weil die Miete mehr als 100 Euro über dem zulässigen Betrag lag, ihm jedoch keine passenden Angebote unterbreitet. Das Bundessozialgericht entschied nun, dass es ausreiche, wenn Jobcenter die Grenze einer „angemessenen“ Miete in einem schlüssigen Konzept ermittelten, das die Situation am Wohnungsmarkt berücksichtige.

Az.: B 4 AS 28/24 R

Mieterhöhung? Wohnungsmängel?

Kündigung? Hohe Nebenkosten?



**Mieter/innen-Schutzverein**

Münster und Umgebung e.V.

Achtermannstr. 10

48143 Münster (Nähe IIBF)

mo, di, do 9 - 13 und 14 - 18 Uhr

mi 9 - 13 Uhr, fr 9 - 12 Uhr

✉ [info@msv-muenster.de](mailto:info@msv-muenster.de)

[www.mieterschutzverein-muenster.de](http://www.mieterschutzverein-muenster.de)

☎ (0251) 51 17 59

**Kompetent.  
Schnell.  
Preiswert.**



Münsters ArbeitsLosentreff Achtermannstraße

## DAS VOLLE PROGRAMM

|            |                                                                                  |                                                                                 |
|------------|----------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------|
| Montag     | 10:00 – 14:00 Uhr                                                                | SERVICEZEIT                                                                     |
| Dienstag   | 10:00 – 14:00 Uhr<br>14:00 – 16:00 Uhr<br>16:00 – 18:00 Uhr                      | SERVICEZEIT<br>Ideenschmiede<br>Computerkurs                                    |
| Mittwoch   | 10:00 – 11:30 Uhr<br>11:30 – 13:00 Uhr<br>14:00 – 16:00 Uhr<br>16:00 – 18:00 Uhr | Der Pflanzendoktor<br>Teamsitzung und - Schulung<br>Sprachkurs<br>Offener Treff |
| Donnerstag | 10:00 – 18:00 Uhr                                                                | SERVICEZEIT                                                                     |
| Freitag    | 10:30 – 13:00 Uhr<br>13:00 – 16:00 Uhr                                           | Freitagsfrühstück<br>Offener Treff                                              |

**MALTA – Münsters Arbeitslosentreff**  
Achtermannstraße (bahnhofsnahe)  
sucht Unterstützer\*innen, die Erwerbs-  
losen und Geflüchteten beim Ausfüllen  
amtlicher Formulare, der Stellensuche  
u.a. hilfreich zur Seite stehen möchten.

Außerdem bieten wir ein **anerkanntes**  
**Praktikum** für Schüler\*innen und  
Studierende der Sozialen Arbeit.

**Mail:** malta@maltanetz.de /  
**Tel. MS-4140553**

oder einfach mal vorbeischaun:  
Achtermannstr. 10-12, im Hof des cuba.

**Wir freuen uns auf euch!**

Achtermannstr. 10-12 (Hof vom Cuba) : 48143 Münster : Tel. 0251 4140553

malta@maltanetz : www.maltanetz

**kostenlos • vertraulich • unabhängig**  
Beratung in Münster

**International**  
Wir beraten  
und unterstützen  
auch in anderen  
Sprachen!

0251 – 511929

Achtermannstr. 10-12 in 48143 Münster  
www.cuba-arbeitslosenberatung.de  
info@cuba-arbeitslosenberatung.de

**kostenlos • vertraulich • unabhängig**

**Wir bieten Unterstützung ...**

**für**

- arbeitslose Menschen
- von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen
- Menschen in schwierigen Arbeitsverhältnissen

**bei**

- Fragen rund um Arbeitslosigkeit und unsicheren Arbeitsverhältnissen
- beruflicher (Neu-)Orientierung
- amtlichen Schreiben und Kontakt mit den Ämtern
- Fragen zu Arbeitslosengeld (SGB III)
- Anträgen und im Widerspruchsverfahren
- Wirtschaftlichen, psychosozialen und arbeitsrechtlichen Fragen

**Außerdem beraten wir zu ...**

- Umgang mit Nebentätigkeiten, Minijobs, unsicheren Selbstständigkeits, Leiharbeit und anderen prekären Jobs.
- Erwerbsminderungsrente und Grundrente
- Arbeitsausbeutung (z.B. bei fehlender Lohnzahlung)

**0251 – 511929**

Beratungsstelle Arbeit • Achtermannstr. 10-12 • 48143 Münster • info@cuba-arbeitslosenberatung.de

# Weiterbildung macht *unabhängig*



**Wir bilden aus: LKW- und Busfahrer:innen**

- + inklusive Führerschein
- + inklusive gewerblicher Fahrerlaubnis
- + Förderung der Agentur für Arbeit/Jobcenter möglich
- + 100 % Jobvermittlung
- + regelmässige Kurstermine



**Schulungsstandort Münster:**

Dahlweg 112

48153 Münster

**Info unter: 0251 97420922**

